

- 3 UNO-Waffenhandelskonferenz gescheitert
- 4 Initiative Atomwaffen 1962, Waffenausfuhr 1972: Meilensteine schweizerischer Friedensarbeit
- 9 Somalische Piraterie: Eskalation auf See
- 10 Der Basler Friedenskongress 1912: Gedenkprogramm, Buchrezension, Ragaz-Bericht
- 14 Friedensveranstaltungen im Herbst
- 16 Friedensforscher Galtung auf Abwegen

Nicht «die UNO» ist «gescheitert», sondern den fünf Vetomächten sind ihre Interessen wichtiger als die Menschenrechte der Syrierinnen und Syrier

Syrien: Niemand will ein Ende des Blutvergiessens

«Die UNO ist gescheitert». So lautete – wie so häufig bei internationalen Konflikten der letzten 20 Jahre – einmal mehr das simple Fazit fast aller Medien und Beobachter sowie vieler westlicher PolitikerInnen, als am 19. August 2012 die letzten Mitglieder der UN-Beobachtermission aus Syrien abgezogen wurden. Bereits zwei Wochen zuvor hatte der gemeinsame Syrien-Sonderbeauftragte von UNO und Arabischer Liga, Kofi Annan resigniert seinen Rücktritt erklärt.

Der simple Satz «Die UNO ist gescheitert» stempelt allerdings lediglich die Weltorganisation zum Sündenbock und lenkt ab vom Handeln und den konkreten Interessen ihrer gewichtigsten Mitgliedsstaaten. Sei es aus politischer Absicht oder aus Denkfaulheit und journalistischer Schlamperei: Dieser Satz verschleiert mehr, als dass er die Gründe erklärt, warum das Blutvergiessen und die schweren Menschenrechtsverletzungen in Syrien ungehemmt fortgesetzt werden.

Formal lief die Beobachtermission der UNO in Syrien aus, weil sich die fünf Vetomächte des Sicherheitsrates nicht auf eine Verlängerung einigen wollten. Das war allerdings kein Drama. Bereits Mitte Juni hatten die Beobachter wegen zunehmender Angriffe gegen ihr Leben ihre Arbeit suspendiert und sich in ihre Unterkünfte in Damaskus zurückgezogen. Seitdem wurde ihre Zahl schrittweise reduziert. Der Rückzug der Mitte August noch verbliebenen 40 von ehemals 300 UN-Beobachtern konnte die ohnehin bereits höchst prekäre Lage der Menschen in Syrien nicht noch weiter verschlechtern.

Denn die Beobachter haben ihren ursprünglich im Februar vom UN-Sicherheitsrat erteilten

/ Andreas Zumach, Genf /

Auftrag zu keinem Zeitpunkt wirklich wahrnehmen können. Ihre Bewegungsfreiheit im Lande wurde vom Assad-Regime erheblich eingeschränkt. Beim Lufttransport waren die UN-Beobachter völlig abhängig von Hubschraubern und Fluggenehmigungen der Regierungstreitkräfte. Zudem wurden die unbewaffneten Blaumützen bei ihrer Arbeit massiv behindert und physisch bedroht. Zunächst und in erster Linie von den Soldaten und Milizen des Assad-Regimes, seit dem Massaker von Hula Ende Mai aber in zunehmendem Masse auch von den bewaffneten Oppositionskräften.

Viel zu schwaches UNO-Mandat

So konnte die Anwesenheit der UN-Beobachter keinerlei abschreckende oder deeskalierende Wirkung entfalten. Sie konnten keine Gewalthandlungen verhindern, sondern lediglich einige Massaker nachträglich mehr oder weniger verlässlich dokumentieren und die Verantwortlichen benennen. Mehr liess das schwache Mandat, das der Sicherheitsrat im Februar für die Syrienmission

beschloss, auch gar nicht zu. Zudem war die Zahl von 300 Blaumützen von vornherein viel zu gering zur Beobachtung eines eskalierenden Bürgerkrieges in einem Land von der Grösse Syriens.

Die Verantwortung für das Scheitern der Beobachtermission wie für den Rücktritt des Syrien-Vermittlers Kofi Annan tragen in erster Linie die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat. Russland und China verhinderten den Druck des Rates auf das Assad-Regime, der für einen Erfolg der Mission und des Sonderbeauftragten Annan erforderlich gewesen wäre. Vor allem Moskau handelte dabei auch aus eigennützigen nationalen Interessen. Syrien ist Moskaus letzter Verbündeter im Nahen Osten und ein wichtiger Käufer russischer Waffen. Zudem ist Moskaus Marinebasis an der syrischen Küste der einzige direkte Zugang für die russischen Seestreitkräfte zum Mittelmeer.

Befürchtung vor Nato-Intervention

Noch ausschlaggebender als diese nationalen Eigeninteressen war aber die Befürchtung der Regierungen in Moskau wie in Peking, eine völkerrechtlich verbindliche

Sanktionsresolution des Sicherheitsrates gegen Syrien könne wie im Fall Libyen schliesslich zu einer militärischen Intervention westlicher Staaten führen, über deren weiteren Verlauf der Sicherheitsrat dann genau wie in Libyen jegliche Kontrolle und Entscheidungsgewalt an die Nato verliert. Eine Befürchtung, die auch von wichtigen Schwellenländern im Sicherheitsrat wie Indien, Brasilien und Südafrika geteilt wurde.

Aber auch die USA, Frankreich und Grossbritannien und ihre Verbündeten im Westen wie in der Nahostregion unterminierten mit der politischen,



finanziellen, logistischen und militärischen Unterstützung für die Oppositionskräfte von Beginn an den Auftrag der Beobachtermission und des Sonderbeauftragten. Schon bei der Mandatserteilung für die Beobachter im Februar und erneut bei der Verlängerung Mitte Mai machte US-Aussenministerin Hillary Clinton ganz offen klar, dass die Obama-Administration nicht mit einem Erfolg der UN-Mission rechne. Die enge Kooperation Washingtons mit den sunnitischen arabischen Staaten Saudi-Arabien und Kuwait nährt(e) – nicht nur in Moskau und Peking – den Verdacht, es gehe den USA nicht in erster Linie um die Menschenrechte der SyrierInnen, sondern um den Sturz des Assad-Regimes und um die Zerschlagung der Allianz zwischen Syrien und Iran. Und dieses als Vorspiel für einen Krieg gegen den schiitischen Iran. Schliesslich verhinderte die Obama-Administration die von Annan vorgeschlagene Regionalkonferenz zur Lösung des Syrienkonflikts unter Beteiligung nicht nur Saudi-Arabiens und der Türkei, sondern auch Irans.

Kaum Chance für Waffenstillstand

Unter diesen von den fünf Vetomächten gesetzten politischen Rahmenbedingungen gab es für einen Waffenstillstand in Syrien – die erste und wichtigste Forderung von Annans 6-Punkte-Friedensplan vom März – kaum eine Chance. Und damit war auch

das Scheitern der UN-Beobachtermission absehbar. Die zahllosen Beteuerungen aller ausländischen Akteure von Washington bis Peking, es gehe in erster Linie darum, das Blutvergiessen in Syrien zu beenden, sind das Papier kaum wert, auf dem sie geschrieben wurden. Die schweren Menschenrechtsverletzungen wurden und werden weiterhin auf allen Seiten billigend in Kauf genommen. Denn auf allen Seiten haben die jeweils eigenen politischen, wirtschaftlichen oder geostrategischen Interessen Vorrang vor den Menschenrechten der SyrierInnen.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist der Verbleib eines UN-Verbindungsbüros in Damaskus mit 30-40 MitarbeiterInnen nur eine kaum mehr gesichtswahrende Farce, um nicht den völligen Rückzug der UNO aus Syrien verkünden zu müssen. Dieses Verbindungsbüro wird während des fortdauernden Bürgerkrieges keine Rolle spielen. Wenn der Krieg einmal beendet ist, wird dieses Büro dann möglicherweise die humanitären Massnahmen und Wiederaufleistungen diverser UN-Organisationen koordinieren. Auch Annans Nachfolger als Syrien-Sonderbeauftragter von UNO und Arabischer Liga, Lakhdar Brahimi hat keine Chance auf einen Erfolg, solange die von den fünf Vetomächten gesetzten Rahmenbedingungen unverändert bleiben.

Die weitere Eskalation der Kämpfe in Syrien hin zu einem landesweiten Bürgerkrieg

mit weiteren zehntausenden Opfern und einer Zuspitzung der Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten sowie zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen scheint nicht mehr zu verhindern. Der syrische Zentralstaat könnte politisch und territorial zerfallen und zum Operationsgebiet terroristischer Gruppen werden. Möglicherweise werden auch die historischen Forderungen der Kurden in Syrien, der Türkei, Irak und Iran nach einem gemeinsamen Staat wieder aufleben. Eine grössere Gefahr für die Stabilität der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens ist kaum vorstellbar. Eine solche Entwicklung kann auch nicht im wohlverstandenen langfristigen Interesse der fünf Vetomächte des UNO-Sicherheitsrates liegen.

Andreas Zumach



Rajagopal P.V. und die indische Bewegung der Landlosen

Das Erbe von Mahatma Gandhi

Am 2. Oktober 2012, dem Geburtstag Mahatma Gandhis, beginnt der grösste gewaltlose Friedensmarsch in der Geschichte Indiens. Über 100'000 Landlose, Vertriebene und Adivasi (UreinwohnerInnen) fordern von Regierung und Parlament die Umsetzung von Landreformen. Ein neues Buch beschreibt den eindrücklichen Kampf der sozialen Basisbewegung Ekta Parishad und ihres Gründers Rajagopal P.V.

Der «Jansatyagraha», wie sich der grosse Marsch nennt, wird von der Bewegung Ekta Parishad organisiert, die sich seit 20 Jahren in Zentral- und Südindien für die Rechte der ärmsten Bevölkerungsgruppen einsetzt. Rund zwei Drittel der indischen Bevölkerung

leben heute in ländlichen Gebieten und sind von der Landwirtschaft abhängig. Rund 40 Prozent sind mittlerweile Landlose. Für viele von ihnen ist der rapide Aufschwung Indiens zu einem lebensfeindlichen Faktor geworden.

Die Basisbewegung Ekta Parishad

Investoren aus dem In- und Ausland benötigen immer mehr Land für Produktionsstätten oder die Rohstoffförderung. Die Bauern und Landlosen müssen Industrieprojekten, Dämmen, Stauseen oder wirtschaftlichen Sonderzonen weichen. Sie stecken in einer zunehmend ausgewogenen Lage. Von 1993 bis 2009 haben sich über 200'000 Kleinbauern das Leben genommen. Ekta Parishad setzt sich für ein dezentral gesteuertes Landwirtschaftssystem ein, in dem kleine Bauernbetriebe den Ausgangspunkt der Agrar- und Landpolitik darstellen.

Sie organisiert seit 1990 in elf Bundesstaaten Protestmärsche und Sitzstreiks in der Tradition des gewaltlosen Widerstands Gandhis. Auf Fussmärschen durch die ausgehungerten und notleidenden Dörfer besprechen die Sozialaktivisten die lokalen

Probleme mit den DorfbewohnerInnen. Bereits im Jahr 2007 hat die Bewegung Geschichte geschrieben, als sich rund 25'000 Männer und Frauen zu einem 27-tägigen, 350 Kilometer langen Fussmarsch von Gwalior nach Delhi versammelten.

Ein Porträt von Rajagopal P.V.

Ihr Gründer Rajagopal P.V., ein indischer Sozialaktivist in der Nachfolge Mahatma Gandhis, hat sich seit den Siebzigerjahren als Menschenrechtsaktivist in Zentralindien einen Namen gemacht. Seine unermüdliche Energie, sein grosses Verständnis und sein Geschick, Menschen zu ermutigen, sich für ihre Rechte einzusetzen und die Ärmsten der Landbevölkerung zu mobilisieren, haben ihm grossen Respekt verschafft.

Im Oktober erscheint sein Porträt «Das Erbe von Gandhi», das zugleich ein persönlicher Erfahrungsbericht der Autorin Carmen Zanella ist. Sie begleitete Rajagopal P.V. auf einer Pilgerreise durch mehrere indische Bundesstaaten. In langen Gesprächen gewann sie einen tiefen Einblick in sein Leben und seine Arbeit. Der eindrücksvolle Bericht beschreibt die Anfänge und Entwicklung seiner Tätigkeit, seine Grundierung in Gandhis gewaltfreiem Vorbild, sein Umgang etwa mit gefährlichen Banditen, die die Bevölkerung terrorisierten. (pw)



Carmen Zanella: Das Erbe von Gandhi. Rajagopal P.V. – ein Leben für den gewaltlosen Widerstand. 160 Seiten, Simova Verlag Bern, Oktober 2012, Fr. 24.–

Informationen zum Marsch:

www.ekta.parishad.com, www.cesci.ch

Waffenhandelsvertrag ATT: New Yorker Verhandlungen vorläufig gescheitert

Vom 2. bis 27. Juli dieses Jahres hat in New York die diplomatische Konferenz zu Verhandlungen über ein internationales Waffenhandelsabkommen (Arms Trade Treaty) stattgefunden (siehe FRIEDENSZEITUNG Nr. 1 vom Juni 2012). Die Vereinten Nationen haben die historische Möglichkeit verstreichen lassen, eine Lücke im Völkerrecht zu schliessen.

/ Stefanie Haumer /

Mit einer Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung der Vereinten Nationen hätte das erste Abkommen, das gemeinsame Standards für den Handel mit konventionellen Waffen enthält, verabschiedet werden können. Die Vereinten Nationen hatten dabei die Möglichkeit, eine empfindliche Lücke im Völkerrecht zu schliessen. Strittige Punkte im Vorfeld waren insbesondere, ob und inwieweit auch Klein- und Leichtwaffen sowie Munition von dem Abkommen erfasst werden sollten. Nur durch ein Erfassen von Munition liesse sich durch das Abkommen bereits eine kurz- und mittelfristige Wirkung erzielen.

Ausserdem bestand im Vorfeld keine Einigkeit über die Schärfe der menschenrechtlichen bzw. humanitär-völkerrechtlichen Kriterien. Aus den Genfer Abkommen von 1949 haben alle Staaten die Pflicht, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten und durchzusetzen. Dies umfasst auch die Verantwortung sicherzustellen, dass Waffen und Munition, mit denen die Staaten handeln, nicht in die Hände derjenigen gelangen, von denen erwartet werden kann, dass sie sie gebrauchen werden, um damit Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht zu begehen.

Wenig Kompromissbereitschaft

Die Verhandlungen im Juli gingen nur zäh voran. Teils schien ein annehmbarer Vertrag zum Greifen nahe, der die meisten konventionellen Waffensysteme, einschliesslich aller Klein- und Leichtwaffen sowie einiger Munitionsarten, erfasste und der die Ablehnung der Autorisierung eines Waffenhandels vorsah, sofern ein beträchtliches Risiko besteht, dass die gehandelten Waffen eingesetzt werden könnten, um damit schwere Verstösse gegen die Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht oder bedeutende Abkommen über Terrorismus zu begehen. Auch bewaffnete Drohnen sollten vom Text erfasst sein. Doch bereits etwa 36 Stunden danach hatte sich dieses Fenster der Möglichkeiten wieder geschlossen, da einige Delegationen sich wenig kompromissbereit zeigten.

Der am vorletzten Tag der Konferenz von deren Vorsitzenden, dem argentinischen Botschafter Rober-

to García Moritán, vorgelegte Vertragsentwurf hätte bei Annahme einen historischen Fortschritt dargestellt. Die Kernpunkte, für deren Aufnahme sich die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung besonders eingesetzt hatte, sind in diesem Entwurf enthalten. Dies sind insbesondere die bereits angesprochene Erfassung von Klein- und Leichtwaffen und Munition sowie die Abhängigkeit einer Erlaubniserteilung für einen Waffenhandel von der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch den Empfänger der Waffen.

Auflistung einiger Kritikpunkte

Mit Kritik kann an verschiedenen Stellen des Vertragsentwurfs angesetzt werden. Der Umfang des ATT wäre zwar recht weit gewesen, allerdings nicht gänzlich umfassend. So wird etwa Munition vom Entwurf erfasst – allerdings nur Munition für diejenigen konventionellen Waffen, die im ATT genannt werden (nicht also andere Waffensysteme, wie z.B. Handgranaten). Ferner betrifft die Regelung über Munition (Art. 6.4) einzig den Export. Import, Vermittlung, Durchfahrt und Umladung müssten folglich nicht von einem nationalen Kontrollsystem erfasst sein. Zur Kontrolle der genannten Handelsarten sollen nach dem Entwurf die Staaten nationale Regelungen schaffen. Genaue Standards hierzu werden allerdings nicht festgelegt.

Nicht stringent sind diesbezüglich insbesondere die Regelungen in Art. 3 und Art. 4, die unterschiedliche Vorgaben machen, wann ein Staat einem Waffenhandel bzw. einem -export die Autorisierung versagen soll. Nach Art. 3 soll ein Staat einen Waffenhandel nicht autorisieren, sofern der Handel zur Ermöglichung der Begehung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstössen gegen die Genfer Abkommen von 1949 stattfindet.

ATT-Vertrag ausserhalb der UNO?

Diese Auflistung erfasst nicht alle Kriegsverbrechen, insbesondere auch solche nicht, die typischerweise mit konventionellen Waffen verübt werden, wie z.B. direkte Angriffe auf Zivilpersonen. Art. 4 ist diesbezüglich brei-

ter; die Norm verlangt ein «overriding risk», dass schwere Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht oder die Menschenrechte begangen werden.

Der weltgrösste Waffenexporteur, die USA, brachten die Verhandlungen mit ihrer Intervention am letzten Tag, in der sie vorbrachten, mehr Zeit zu benötigen, schliesslich zu einem Ende. Nachdem die Vertragsverhandlungen nach jahrelanger Vorarbeit nun vorerst gescheitert sind, könnten diejenigen Staaten, die ein Übereinkommen erreichen wollen, die Arbeit wieder aufnehmen und – ähnlich den Konventionen zu Landminen und Streumunition – einen Vertragstext ausserhalb des Systems der Vereinten Nationen annehmen. Der vorliegende Entwurf stellt dabei – trotz der vorgebrachten Kritik – eine vernünftige Grundlage für Verhandlungen dar. ♦

*Dr. Stefanie Haumer ist Referentin für Internationales Recht / Internationale Gremien beim Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes**

Zweite UNO-Konferenz zur Kleinwaffen-Überprüfung in New York

Vom 27. August bis 7. September 2012 fand in New York die zweite Konferenz statt, die das 2001 beschlossene Aktionsprogramm der UNO zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen überprüfen sollte. Sie war besonders wichtig, weil gerade die Verhandlungen für einen Waffenhandelsvertrag (siehe Hauptartikel) gescheitert waren. Es ging darum, eine stärkere finanzielle und politische Unterstützung der Staaten für das Aktionsprogramm zu finden, um den Abfluss von Waffen an illegale Märkte (Bürgerkriege, Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Bandenkriege) zu verhindern.

Gleichzeitig veröffentlichte die Genfer Kleinwaffen-Forschungsstelle Small Arms Survey ihren zwölften Jahresbericht (siehe auch Seite 9), in der sie nach vierjährigen Untersuchungen ihre 2006 veröffentlichte Schätzung eines jährlichen offiziellen Waffenhandelsvolumens von vier Milliarden Dollar auf nicht weniger als 8,5 Milliarden verdoppelte. Die Hälfte davon entfällt auf Munition. Würde man die illegalen Verkäufe dazuzählen, käme man auf mehr als 10 Milliarden Dollar. Verantwortlich für die eklatante Erhöhung sind in erster Linie die Anschaffungen für die Kriege im Irak und in Afghanistan, aber auch die seit Obamas Wahl vor vier Jahren stark zugenommenen privaten Waffenkäufe in den USA. Unter den grössten Kleinwaffenexporteuren taucht die Schweiz immerhin auf Platz sieben mit über 100 Millionen Dollar auf. (pw)

(* in: Bofaxe Nr. 411D – die Bofaxe werden vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität in Bochum herausgegeben)



Meilensteine der Friedensarbeit in der Schweiz

Am 1. April 1962 lehnten die Schweizer Männer die Volksinitiative für ein Atomwaffenverbot klar ab, am 24. September 1972 – diesmal mit den Frauen – war das Resultat der zweiten Waffenausfuhrverbots-Initiative viel knapper. Ein Rückblick auf zwei zentrale Abstimmungskampagnen der Friedensbewegung in der Schweiz.

Die Schweiz hat ihre Eigenstaatlichkeit während des Zweiten Weltkrieges durch die wirtschaftliche Integration ins System der Achsenmächte wahren können. Diese Strategie stellte sie nach dem Sieg der Alliierten 1945 vor grosse Probleme. Sie gehörte nicht ins Lager der Siegermächte, war also nicht automatisch Gründungsmitglied der UNO und hätte sich aktiv darum bemühen müssen, bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung mitwirken zu können.

Zu diesem Zweck formierte sich Ende 1945 im Schweizerischen Friedensrat ein breiter Zusammenschluss von Organisationen – von der Europa-Union und der Gesellschaft für die Vereinten Nationen bis hin zu den traditionellen Friedensorganisationen.¹ Die massgeblichen politischen Kreise fürchteten jedoch, dass die Schweiz für ihre Rolle während des Krieges zur Verantwortung gezogen werden könnte und drängten unser Land in eine Position der isolationistischen Neutralität, mit Abseitsstehen von der UNO und dem Europarat.

Im Windschatten des Kalten Krieges

Machbar wurde dieser formale Alleingang allerdings nur dank einer fast absurden Gunst der Stunde. Die Weltpolitik wurde dominiert von der Blockkonfrontation zwischen Ost und West – mit der Gründung der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt sowie der in der Geschichte der Menschheit irrwitzigsten Aufrüstung bis zur «Mutual Assured Destruction» durch Atomwaffen (MAD, der gegenseitig garantierten Vernichtung). Auch wenn das inzwischen aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt worden und ein nicht unerheblicher Teil von Atomwaffen abgerüstet oder eingemottet worden ist, die MAD bedroht die Menschheit auch nach dem Ende des Kalten Krieges weiterhin.

Gewissermassen im Windschatten der Blockkonfrontation konnte sich die Schweiz mit strikter ideologischer Einbindung in den Westblock vor der Aufarbeitung ihrer Rolle zur Zeit des Nationalsozialismus drücken. Ein halbes Jahrhundert später musste sie sich allerdings ihrer Vergangenheit doch noch stellen, was 1996 zur Einsetzung der Bergier-Kommission (Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg) führte. 2002 – also vor zehn Jahren – hat diese ihren Schlussbericht publiziert.²

Innenpolitisch abgestützt wurde der Alleingang durch eine heroische Mythologi-

/ Ruedi Tobler /

sierung der Rolle der Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg. Diese diente einerseits zur Legitimierung des Aufbaus der totalen Landesverteidigung. Weil dieser Begriff zu direkt an Joseph Goebbels Aufruf «Wollt Ihr den totalen Krieg?» am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast erinnerte, wurde er später sprachlich entschärft in 'Gesamtverteidigung'. Aber auch diese sollte alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen. Andererseits wurde damit und mit der militärischen Bedrohung durch den damaligen 'Ostblock' die massivste Aufrüstung und der gewaltigste Ausbau der Schweizer Armee gerechtfertigt. Dazu gehörte nach den Vorstellungen des Bundesrates auch eine schweizerische Atombombe.

Das Desaster von Lucens

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte er eine geheime Studienkommission zur Entwicklung einer schweizerischen Atombombe eingesetzt, und ein mit staatlicher Förderung gebauter Versuchsreaktor im waadtländischen Lucens wurde so konstruiert, dass er Plutonium produzieren konnte. Dieser musste jedoch nach einem der weltweit schwerwiegendsten AKW-Unfälle mit Kernschmelze zugemauert werden.

Nur dem Umstand, dass der Reaktor sehr klein und unterirdisch in einer Felskaverne untergebracht war, ist es zu verdanken, dass es 1969 nicht zu einer Katastrophe mit Folgen wie in Tschernobyl und Fukushima kam. Inzwischen ist der Reaktor abgebaut und seine strahlende Hinterlassenschaft liegt in Würenlingen. Ohne dass dafür bisher eine Erklärung geliefert werden konnte, steigen laut dem Bundesamt für Gesundheit die in den Entwässerungsanlagen von Lucens gemessenen Strahlenwerte seit Ende 2011 «signifikant».

Pläne für eine Schweizer Atombombe

Seit Mitte der 1950er Jahre wurde die Diskussion um eine Schweizer Atomwaffe öffentlich geführt und eine von Bundesrat und Generalstab eingesetzte Kommission kam 1957 zum Schluss, «dass der Einsatz von eigenen Atomwaffen die bedeutendste Verstärkung unserer Landesverteidigung darstellen würde». Das gab den Anstoss zur Gründung der «schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung», die schon bald eine Volksinitiative für ein Atomwaffenverbot lancierte.

Auftrieb gab dieser die berühmt-berüchtigte Erklärung des Bundesrates vom 11. Juli 1958: «In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertealten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat (...) der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutze

unserer Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören die Atomwaffen.»

Auf den ersten Blick gescheitert

Innert kurzer Zeit kamen die nötigen Unterschriften zusammen und vor 50 Jahren – am 1. April 1962 – kam die Initiative zur Abstimmung unter den Männern – nicht weil es sich um eine Militärfrage handelte, sondern weil diese erst am 1. Februar 1959 mit einer Mehrheit von praktisch siebenzig Prozent Nein-Stimmen die Einführung der Demokratie in der helvetischen Republik – nämlich das Frauenstimmrecht – abgelehnt hatten. Nur gerade die Kantone Genf, Neuenburg und Waadt hatten für das Frauenstimmrecht gestimmt.

Das Atomwaffenverbot erlitt eine nicht ganz so starke Abfuhr. Nicht ganz zwei Drittel der stimmenden Männer lehnten es ab, und Neuenburg, die Waadt, Genf und das Tessin erreichten Ja-Mehrheiten. Auf den ersten Blick ist die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung also klar gescheitert, dies umso mehr als ein Jahr später, am 26. Mai 1963, auch eine Initiative der Sozialdemokratischen Partei für das Mitbestimmungsrecht des Volkes bei der Anschaffung von Atomwaffen eine Abfuhr erlitt (siehe Kasten «Die Atomwaffen-Zerreissprobe»). Die SP-Initiative erhielt gerade mal drei Prozent mehr Ja-Stimmen als das Atomwaffenverbot und zusätzlich wurde sie in Basel-Stadt angenommen.³



Die ersten helvetischen Ostermärsche

Dennoch markiert die Entstehung der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung einen Wendepunkt in der innenpolitischen Entwicklung im Kalten Krieg in der Schweiz. Sie löste sich nach der Abstimmungsniederlage nicht resigniert auf, sondern trug den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung auf die Strasse. Unter dem Druck ihrer Jugendorganisation wurde die Ostermarsch-Idee aufgegriffen. Diese hatte ihren Ursprung in England, wo am Osterwochenende 1958 ein grosser Protestmarsch von London über achtzig Kilometer nach Aldermaston führte, einem grossen Atomwaffenforschungszentrum.

In den folgenden Jahren wurden in immer mehr Ländern ebenfalls Ostermärsche der AtomwaffengegnerInnen organisiert. In der Schweiz führten der erste und zweite 1963 und 1964 von Lausanne nach Genf – gewissermassen im 'Freundesland'. 1965 getraute er sich erstmals in die Deutschschweiz und marschierte von Olten nach Basel. 1966 schliesslich fand er gar in die 'garstigen Gefilde' der Ostschweiz von Schaffhausen nach Zürich (siehe Bild unten).

Es war in der Zeit des Kalten Krieges – abgesehen von den traditionellen 1.-Mai-Kundgebungen – das erste Mal, dass oppositionelle Kreise ihr Anliegen wieder auf die Strasse hinaus trugen. Das fiel umso leichter, weil es dafür respektable internationale Vorbilder gab, weil es ein dringendes weltpolitisches Anliegen war (die 'oberirdischen' Atomwaffentests hatten weltweit zu einer so starken radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre geführt, dass in den Fünfzigerjahren auch auf Schweizer Alpen Milch weggeschüttet werden musste) und weil der Verzicht auf die Ausrüstung der Schweizer

Armee mit Atomwaffen nicht so leicht als Armeefeindlichkeit abgetan werden konnte (auch wenn die MarschiererInnen sich den Vorwurf der Subversion gefallen lassen mussten). So war die Bewegung zum glaubwürdigen Sammelbecken aller nonkonformistischen Kreise in der Schweiz geworden.

Wegbereiter für die 68er-Bewegung

Wie zerbrechlich der interne Konsens war, zeigte sich allerdings 1967, als der nur noch zweitägige Marsch von Biel nach Bern thematisch erweitert wurde um den Protest gegen den Vietnamkrieg und dafür als Friedensmarsch nicht mehr an Ostern durchgeführt wurde. Dabei kam es zu internen Auseinandersetzungen zwischen Maoisten, die Fahnen der aufständischen Vietcongs und Bilder des nordvietnamesischen Generals Ho Chi Minh mit sich trugen, und Anhängern der Gewaltfreiheit, die sich weigerten, unter den Symbolen dieses Gewalttäters mitzumarschieren.

Der Marsch musste unterbrochen werden und mit Mühe und Not konnte ein Kompromiss gefunden werden, der es erlaubte, den Marsch bis an die Abschlusskundgebung auf dem Berner Münsterplatz zu führen. Dies bedeutete dann auch das Ende der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung. Ein Scheitern war aber auch das nicht. Denn mit der Rückeroberung des öffentlichen Raums als Ort für politische Manifestationen hat die Ostermarschbewegung wesentlich zur Überwindung der innenpolitischen Erstarrung im Kalten Krieg beigetragen und mitgeholfen, den Weg frei zu machen für die 1968er-Bewegung, die sich schon bald in vielfältiger Art und Weise manifestieren sollte.⁴

Der Bührle-Skandal und seine Folgen

Im November 1968 platzte dann der Bührle-Skandal. Der damals grösste Schweizer Waffenkonzern ist unterdessen von der Bildfläche verschwunden,⁵ allerdings nicht infolge des Skandals. Damals wurde er geschont. Den Garaus gemacht haben ihm der Trend zu immer komplexeren Waffensystemen, der Einbruch der Rüstungsausgaben nach dem Ende der Blockkonfrontation und die Internationalisierung der Rüstungsindustrie (die Hauptbestandteile des Waffengeschäfts gehören heute zur deutschen Rheinmetall). Bührle war wohl der grösste Kriegsgewinnler in der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, mit umfangreichen Waffenlieferungen an die Achsenmächte.

Auslöser des Skandals von 1968 waren illegale Lieferungen von Bührle-Fliegerabwehrgeschützen nach Nigeria, während in der ganzen Schweiz für die hungernden Kinder in Biafra gesammelt wurde. In der damaligen Ostprovinz leben vorwiegend Ibos, eine ethnische Minderheit christlichen Glaubens. Dort wurden die grössten Ölvor-

kommen des Landes gefunden. Nachdem sich 1966 unterschiedliche Gruppen an die Macht in Nigeria geputzt hatten, kam es weitherum zu Pogromen gegen Ibos. Unter dem Namen Biafra erklärte sich 1967 die Ostprovinz für unabhängig und wurde darin auch von internationalen Ölkonzernen unterstützt. Die Zentralregierung reagierte mit ihren überlegenen militärischen Mitteln und verhängte eine totale Blockade gegen die eingekesselte Provinz. Es war wohl der erste Krieg, in dem internationale Werbeagenturen eine zentrale Rolle spielten. Sie mobilisierten in vielen Ländern mit Bildern von hungernden Kindern die öffentliche Meinung für Biafra, so auch in der Schweiz.

Mittels einer Luftbrücke versuchten Hilfswerke und das IKRK, Hilfsgüter nach Biafra zu bringen. Und es waren ausgerechnet illegal nach Nigeria gelieferte Bührle-Fliegerabwehrgeschütze, die auch



Die Atomwaffen-Zerreissprobe

Die Atomwaffenfrage führte vielerorts zu Auseinandersetzungen bis hin zu Zerreissproben, insbesondere in den Kirchen. In der Sozialdemokratie kam die Frage gerade in dem Zeitraum aufs Tapet, in dem sich die Partei anschickte, ihrer parlamentarischen Stärke entsprechend im Bundesrat Einsitz zu nehmen. Ende 1959 wurde ja die sogenannte Zaubersformel installiert. Und eine der Vorbedingungen der bürgerlichen Parteien dafür war das Bekenntnis der SP zur Landesverteidigung. Da passte das Atomwaffenverbot schlecht ins Konzept.

Darum schlug Parteipräsident Walther Bringolf als Alternative das Mitbestimmungsrecht des Volkes vor, womit ein Anliegen der Demokratie an die Stelle der Ablehnung der Atomwaffen trat. Dafür fand er dann auch in der Partei eine Mehrheit, aber aktiv engagierten sich nicht so viele, so dass die SP-Initiative erst nach der Verbotsinitiative eingereicht werden konnte und dementsprechend auch nachher zur Abstimmung kam. Den Abstimmungskampf für diese Initiative führte dann allerdings in erster Linie die Bewegung gegen die atomare Aufrüstung...

Beim Schweizerischen Friedensrat führte die Atomwaffenfrage zu einem Wandel. 1945 nach der Gründung als breite Dachorganisation hatten sich vier Themen als Arbeitsgebiete herauskristallisiert (UNO-Beitritt, Nord-Süd-Gefälle, Waffenausfuhrverbot und Zivildienst für Militärdienstverweigerer) und Beschlüsse wurden nur im Konsens gefasst. 1958 setzten einige Engagierte durch, dass der Friedensrat die Initiative unterstützte. Das war der Beginn eines breiteren Engagements in der Vielfalt der Friedensthemen, nötigenfalls auch mit Mehrheitsentscheidungen. Das führte aber auch zum Austritt von Mitgliedsorganisationen.



AtomwaffengegnerInnen protestieren am 13. April 1966 mit einem Ostermarsch von Andelfingen über Schaffhausen nach Zürich gegen die politischen Bestrebungen der Schweiz, Atombomben in ihr Waffenarsenal aufzunehmen.

die IKRK-Hilfsflugzeuge unter Beschuss nahmen. Damit war der Bogen überspannt. Die zuständigen Bundesbehörden hatten zwar keineswegs im Sinn, deswegen ein Verfahren gegen die Verantwortlichen des Bührle-Konzerns zu eröffnen, denn illegale Waffenlieferungen in Länder, gegen die die Schweiz offiziell ein Embargo verhängt hatte, gehörten längst zur inoffiziell tolerierten Bührle-Geschäftspraxis. Nun machten aber das IKRK und insbesondere Botschafter August R. Lindt hinter den Kulissen so lange Druck auf die Bundesbehörden, bis diese im November 1968 eine Strafuntersuchung eröffneten. Lindt hatte auf Drängen von Bundespräsident Spühler die Leitung der IKRK-Hilfsaktion für Biafra übernommen.⁶

Der Prozess gegen Bührle 1970

Im November 1970 kam es zum Prozess gegen Dieter Bührle und sechs seiner höheren Angestellten vor dem Bundesstrafgericht in Lausanne, wegen illegalen Waffenausfuhren an sieben Staaten: Südafrika, Israel, Ägypten, Nigeria, Saudi-Arabien, Malaysia und Libanon. Der Bundesanwalt betonte, dass es nicht mehr Staaten seien, weil die Bundesanwaltschaft nicht weiter zurück ermittelt habe als bis zur Verjährungsfrist. Es ging also nicht um Ausnahmen oder Einzelfälle, sondern um die normale Geschäftspraxis des Bührle-Konzerns. Am Prozess wurde auch bekannt, dass höchste für das Bewilligungsverfahren zuständige Bundesbeamte den Bührle-Kaderleuten Ratschläge gaben, wie sie offiziell verhängte Embargos am besten umgehen könnten.

Zwar hatte Bundespräsident Spühler seinerzeit versprochen, es werde geprüft, ob die Untersuchung nicht schon früher hätte eröffnet werden können. Darüber ist aber nie informiert worden. Und vor Gericht standen nur Bührle-Leute. Es ist hier nicht der Ort,

den Bührle-Skandal nochmals aufzurollen. Dazu verweise ich auf meine – nicht ins Detail gehende – Darstellung im Buch «Die Schweiz und ihre Skandale».⁷

Waffenausfuhrverbotsinitiative 1972

Als Reaktion auf den Bührle-Skandal lud der Schweizerische Friedensrat alle interessierten Kreise ein, gemeinsam eine Waffenausfuhrverbots-Initiative zu lancieren. Nach langen Diskussionen wurde sie im Mai 1969 unter dem Titel «Volksinitiative für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» lanciert und konnte nach einer mühevollen Unterschriftensammlung gerade noch vor dem Bührle-Prozess eingereicht werden. Der Bundesrat wollte ihr mit dem Kriegsmaterialgesetz (KMG) einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber stellen. Zwei seither die Auseinandersetzungen um die Schweizer Waffenausfuhren prägende Themen standen auch damals im Zentrum der Diskussionen im Parlament, die Menschenrechtsklausel und die Pilatus-Flugzeuge.

Die Menschenrechtsklausel war erst durch die Bemühungen von Nationalrat Walter Renschler ins Gesetz aufgenommen worden. Bei der Revision des KMG von 1996 wurde sie in die Verordnung verbannt und 2002 verschärft.⁸ Nicht nur böse Zungen behaupten, dass mit Rücksicht auf die Wahrung der Menschenrechte noch kein Waffenausfuhrgeschäft verboten worden ist. Wäre es da nicht eine Aufgabe für das vor einem Jahr geschaffene Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR), die tatsächliche Wirkung der Menschenrechtsklausel in den (bald) vierzig Jahren seit dem Inkrafttreten des KMG am 1. Februar 1973 zu untersuchen?

Der Kampf um die Pilatus-Flugzeuge

Auf einer anderen Ebene liegt die Frage der Pilatus-Flugzeuge, deren Fabrik in Stans auch zum Bührle-Konzern gehörte. Unter dem Kriegsmaterialbeschluss von 1949 war es selbstverständlich, dass der Pilatus PC-6 der Bewilligungspflicht unterstand, obwohl dieses Mehrzweckflugzeug unbestrittenermassen primär zivil verwendet wurde und wird. Nach heftigen Auseinandersetzungen im Parlament wurden Flugzeuge grundsätzlich nicht dem KMG unterstellt; in der Verordnung wurden lediglich «Bewaffnete Flugzeuge sowie Flugzeuge mit Einbauten für Waffen und Munition oder sonstige Vorrichtungen für militärische Verwendung» als Kriegsmaterial definiert.

Damit war der Weg frei gemacht dafür, dass die Pilatus-Neuentwicklung der siebziger Jahre, das militärische Trainingsflugzeug PC-7, am Kriegsmaterialgesetz vorbei exportiert werden konnte. Selbst als 1984 eine Verkaufsdokumentation der Pilatus-Werke von 1976 bekannt wurde, mit der Werbung für Kanonen, Maschinengewehre, Bomben und Raketenabschussvorrichtungen als Bewaffnungs-Systeme zur «Auswahl für die Bestückung unter den Tragflächen» des PC-7 gemacht wurde, hielten der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments unverdrossen

an der Nichtunterstellung von Militärflugzeugen unter das Kriegsmaterialgesetz fest.

Persilschein für die Bundesbehörden

Im Prozess vor Bundesstrafgericht hatten die Bührle-Angestellten die volle Verantwortung für die Waffenschiebereien auf sich genommen. Es gelang ihnen damit zwar nicht, Konzernchef Bührle völlig ungeschoren davonkommen zu lassen. Er erhielt eine symbolische Busse und eine bedingte Strafe. Aber eine mögliche Mitverantwortung des Bundes wurde nicht thematisiert, geschweige denn, dass ein Bundesbeamter auf der Anklagebank gesessen hätte. Was 1972 noch Spekulation und Verdacht war, bestätigte sich jetzt. Dieser Persilschein hatte für Bundesbern seinen Preis. Die Nichtunterstellung der Flugzeuge unter das Kriegsmaterialgesetz war der Tribut, den der Bund für seine Schonung im Bührle-Prozess zu leisten hatte.

Für die Zeit von 1978 bis 1985 gibt es eine vertiefte und differenzierte Analyse, die Lizenziatsarbeit von Jean-Marie Pellaux.⁹ Sie liest sich spannend wie ein Kriminalroman und sie erhärtet praktisch unsere sämtlichen Vorwürfe an die Bundesbehörden. Allerdings kann er keine gesicherten Gründe oder Motive für das Handeln des Bundesrates angeben. So konnte er auch meine schon vor Jahren formulierte und hier wiederholte Hypothese nicht bestätigen, dass der Bundesrat Bührle für das Schweigen zur Komplizenschaft von Bundesstellen bei den Waffenschiebereien mit der Nichtunterstellung der Flugzeuge unter das Kriegsmaterialgesetz zu kompensieren hatte. Das ist allerdings nicht weiter erstaunlich, denn er untersuchte ja nicht den Zeitraum des Bührle-Skandals und der Entstehung des Kriegsmaterialgesetzes. Was deshalb wichtiger ist, er fand auch keine Indizien, die im Widerspruch zu meiner Hypothese stehen.

Waffenausfuhrrekord wegen PC-21

Die technische Entwicklung der militärischen Pilatus-Flugzeuge ist nicht beim PC-7 stehen geblieben; es folgten der PC-9 und der PC-21. Ganz stehen geblieben ist auch die Gesetzgebung nicht. So hatte der Bundesrat im August 1993 die Absicht, mit der Totalrevision des Kriegsmaterialgesetzes die PC-7 und PC-9 generell dem Kriegsmaterialgesetz zu unterstellen. Der Druck auf ihn war aber so gross, dass er in der Vernehmlassungsvorlage im Dezember 1993 zum Status quo zurückkehrte und wieder die Bewaffnungsmöglichkeit zur Voraussetzung für die Unterstellung unter das KMG machte.

Zugleich wurde aber das Güterkontrollgesetz («Bundesgesetz über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter sowie besonderer militärischer Güter») geschaffen. Ihm unterstehen auch die militärischen Pilatus-Flugzeuge. Es ist am 1. Oktober 1997 in Kraft getreten. Überraschend hat der Bundesrat im Mai 2011 den Export von PC-21-Trainingsflugzeugen an die Vereinigten Arabischen Emirate dem Kriegsmaterialgesetz unterstellt, «weil nicht aus-



der pilatus

PC-7 und PC-9

schwindel

im Sturzflug

geschlossen werden konnte, dass die Flugzeuge in der Schweiz für die Aufnahme von Waffen modifiziert würden». Trotzdem hat er aber den Export bewilligt. Dies hat dazu geführt, dass die Schweizer Waffenexporte 2011 Rekordhöhe erreichten.

Militärisch mit oder ohne Bewaffnung

Wer gehofft hatte, dass dies ein Wendepunkt in der bundesrätlichen Waffenausfuhrpolitik darstelle, sah sich schon bald getäuscht. Im Juli dieses Jahres hat der Bundesrat den Export von PC-21-Trainingsflugzeugen an Katar wieder gestützt auf das Güterkontrollgesetz bewilligt. Auf einen Protest der GSa hin, die kritisierte, dass diese Flugzeuge leicht bewaffnet werden könnten, reagierte die Neue Zürcher Zeitung am 26. Juli 2012 mit einer Polemik, dass die Bewaffnung nicht so einfach sei. Was beide Kontrahenten übersehen haben: Mit oder ohne Bewaffnung sind PC-21 Militärflugzeuge, weil sie Flugwaffen für ihre Ausbildung dienen, und gehören deshalb endlich generell dem Kriegsmaterialgesetz unterstellt. Diesen Schritt sollten Bundesrat und Parlament vierzig Jahre nach der Abstimmung über die Waffenausfuhrverbotsinitiative von 1972 endlich tun.

Diese Initiative wurde von Bundesrat und Parlament im Schnellzugstempo behandelt. So dauerte es von ihrem offiziellen Zustandekommen im Dezember 1970 nur gerade ein halbes Jahr bis zum Vorliegen der Botschaft des Bundesrates im Juni 1971. Im März und Juni 1972 wurde sie in den eidgenössischen Räten behandelt und am 24. September 1972 der Volksabstimmung unterbreitet. Weniger als 8000 Stimmen fehlten ihr für das Erreichen des Volksmehr, was den damaligen EMD-Chef (heute VBS) Rudolf Gnägi sichtlich schockte.

Bedingte Wirkung der Propaganda

Wie ist es zu diesem überraschenden Beinahe-Erfolg gekommen (wobei zu beachten bleibt, dass das Ständemehr deutlich verpasst wurde)? Es sind vor allem zwei Faktoren. Der eine ist, dass sich die Schweiz – zumindest auf Bundesebene – vom republikanischen Männerbund zur Demokratie gewandelt hatte. Nach der Annahme des Frauenstimmrechts am 7. Februar 1971 war das Waffenausfuhrverbot eine der ersten Abstimmungen mit Frauenbeteiligung. Das Werbebüro Farner hatte zwar eine langjährige und erfolgreiche Erfahrung in der politischen Militärpropaganda. Aber diese war bis anhin auf die Männer ausgerichtet, und auf die Schnelle war es nicht imstande, eine frauengerechte Werbestrategie zu entwickeln.

Erschwerend kam dazu, dass das 'Killerargument' bei den beiden folgenden Waffenausfuhrverbots-Initiativen von 1997 und 2009, der drohende Verlust von Arbeitsplätzen, nur bedingt wirkte. Für die Kreise um die «Nationale Aktion» war dies im Gegenteil das Hauptargument für die Unterstützung der Initiative. So würden Ausländer ihre Stelle verlieren und müssten die Schweiz verlassen...

Frühe Kleinwaffen-Diskussion

Der Hauptgrund aber war die Aufbruchstimmung nach 1968, mit der erstarkenden Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt. Noch bei der Unterschriftensammlung wurde unsere Initiative vor allem als antimilitaristisches und linkes Anliegen wahrgenommen. Ein Grundsatzartikel von Rudolf H. Strahm in der 'National-Zeitung' wirkte wie ein Fanal in den entwicklungspolitischen Kreisen. Er zeigte darin die verheerenden Wirkungen auf, die gerade der Einsatz von relativ einfachen und billigen Waffen (heute ist dafür der Begriff «Kleinwaffen» üblich) in Konfliktherden der Dritten Welt haben.

Bezeichnend dafür ist der Sinneswandel der damaligen Schwyzer CVP-Nationalrätin Elisabeth Blunschy. Noch in der Märzsession 1972 des Nationalrates hatte sie sich gegen die Waffenausfuhrinitiative ausgesprochen. Doch nach den Sommerferien engagierte sie sich aktiv für ihre Annahme. Und bezeichnend für die damalige Stimmung war, dass sich die Gegner hüteten, ihr den Gesinnungswandel vorzuwerfen – aus Angst davor, dass das Beispiel ansteckend wirken könnte.

Das Waffenausfuhrkomitee hatte ein bescheidenes Budget und konnte beispielsweise keinen flächendeckenden Plakataushang planen. Der musste mit einer Sonderaktion finanziert werden, indem Leute ihr Plakat an einem bestimmten Ort sponsern konnten. Das wurde oft von Leuten mit ländlicher Herkunft dazu benutzt, ein Plakat in ihrem Dorf aufhängen zu lassen. Spontan bildeten sich regionale und lokale Abstimmungskomitees, die häufig ihr eigenes 'handgestricktes' Material herstellten und damit auf die Strasse gingen. Der Fantasie und Improvisation waren kaum Grenzen gesetzt. Ich habe, als damaliger Kampagnenleiter, seither keinen Abstimmungskampf mehr erlebt, in dem Spontaneität und Eigeninitiative eine so hervorragende und bestimmende Rolle spielte. Allerdings spielten die Medien damals noch eine weniger dominante Rolle als heutzutage und Basisaktionen auf der Strasse bildeten eine veritable Alternative dazu.

Vom Skandal zum Dauerbrenner

Der Beinahe-Erfolg in der Abstimmung hat dem Thema und den AktivistInnen Auftrieb gegeben, so dass im Frühjahr 1973 die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) gegründet werden konnte. Sie hat sich über drei Jahrzehnte kritisch und mit vielfältigen Aktionsformen mit der Waffenausfuhr beschäftigt und es so vom einmaligen Skandal zum politischen 'Dauerbrenner' machen können. Zwar wurde ein Waffenausfuhrverbot nicht erreicht, aber beispielsweise konnte nach und nach eine transparentere Informationspolitik zu den Waffenausfuhren durchgesetzt werden. Und dass Rüstungskonversion, die Umwandlung von militärischer in zivile Güterproduktion, ein breit diskutiertes Thema wurde, ist auch sehr stark der ARW zu verdanken.



Anmerkungen

- 1 Siehe dazu: «Wer abseits steht, ist immer im Unrecht», von Peter Hug, und: «Aufbruch in den Frieden – Zur Gründungsgeschichte des Schweizerischen Friedensrates», von Ruedi Brassel-Moser; beide in: «Hoffen heisst Handeln – Friedensarbeit in der Schweiz seit 1945», von Katharina Rengel (Hg.), Schweizerischer Friedensrat, Zürich, 1995
- 2 «Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg», Pendo Verlag, Zürich, 2002
- 3 Siehe dazu: «Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz», von Rudolf Epple-Gass, Haag + Herchen Verlag, Frankfurt a.M., 1988; insbesondere die Darstellung der beiden «Atominitiativen» und unter «Die primär-indirekten Wirkungen der Atominitiativen» die Entwicklung bis zum Beitritt der Schweiz zum Atomsperrvertrag.
- 4 Siehe dazu auch: «Hansjörg Braunschweig – Engagement gegen Atomrüstung», von Markus Heiniger; in: «Hoffen heisst Handeln – Friedensarbeit in der Schweiz seit 1945», von Katharina Rengel (Hg.), Schweizerischer Friedensrat, Zürich, 1995
- 5 Siehe dazu: «Die Bührle Saga – Festschrift zum 65. Geburtstag des letzten aktiven Familiensprosses in einer weltberühmten Waffenschmiede», Limmat Verlag, Zürich, aktualisierte Neuauflage 1986
- 6 Im Buch «Generale hungern nie – Geschichte einer Hilfsaktion in Afrika», Zytglogge Verlag, Gümligen, 1983, hat August R. Lindt die IKRK-Mission eindrücklich beschrieben; seine Rolle bei der Aufdeckung des Bührle-Skandals hat er diplomatisch verschwiegen.
- 7 «Wenn Schweizer Kanonen auf IKRK-Flugzeuge schiessen. Der Bührle-Skandal», von Ruedi Tobler; in: «Die Schweiz und ihre Skandale», herausgegeben von Heinz Looser u.a., Limmat Verlag, Zürich, 1995. Die Entwicklung des Skandals habe ich etwas ausführlicher dargestellt in «Der Bührle-Skandal und die Waffenausfuhrverbotsinitiative»; in: «Waffenplatz Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffenausfuhr», herausgegeben vom Tagungssekretariat «Für das Leben produzieren», Bern 1983
- 8 Als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr, die 1992 eingereicht wurde, schlug der Bundesrat eine Totalrevision des Kriegsmaterialgesetzes (und die Schaffung des Güterkontrollgesetzes) vor, bei der die inhaltlichen Kriterien für das Verbot von Waffenausfuhren vom Gesetz in die Verordnung verschoben wurden.
- 9 Der Nationalrat lehnte im Dezember 2000 eine parlamentarische Initiative Polla ab, die im Kriegsmaterialgesetz verankern wollte, dass Kriegsmaterial nur in Länder ausgeführt werden darf, in denen die Menschen- und Kinderrechte eingehalten werden, beschloss jedoch ein Postulat, in dem der Bundesrat gebeten wurde, den Begriff «Kinderrechte» als Bewilligungskriterium für Auslands-geschäfte in die Kriegsmaterialverordnung einzuführen.
- 10 «L'affaire Pilatus. Les milieux engagés et la Suisse officielle face aux exportations d'armes (1978-1985)», von Jean-Maire Pellaux, Université de Fribourg, 2008; es ist leider nicht gelungen, die Finanzierung für eine deutsche Übersetzung zusammenzubringen.
- 11 Siehe dazu: «Zürich 68 – Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse», von Erika Hebeisen, Elisabeth Joris, Angela Zimmermann (Hg.), hier + jetzt Verlag, Zürich, 2008

Nach dem Bekanntwerden, welche Firmen sich an der Aufrüstung des Regimes von Saddam Hussein im Irak beteiligt hatten, war für die ARW 1991 die Zeit reif für die nächste Waffenausfuhrverbots-Initiative geworden. Allerdings wollte man nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur die Waffenausfuhr thematisieren, sondern zugleich die überhöhten Militärausgaben mit der Volksinitiative «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik», der ersten 'Umverteilungsinitiative'. Für das ehrgeizige Vorhaben einer Doppelinitiative wurde die ARW 1991 zu den «friedenspolitischen Initiativen» erweitert.

Zwei Anläufe für eine Umverteilung

Die Umverteilungsinitiative wurde 1995 allerdings überraschend von den eidgenössischen Räten wegen «Verletzung der Einheit der Materie» für ungültig erklärt. Das Waffenausfuhrverbot wurde am 8. Juni 1997 massiv verworfen, mit nur gerade 22,5 Prozent Ja-Stimmen. Die Gegenpropaganda, dass mit dem Verbot der Ausfuhr von zivil und militärisch einsetzbaren Gütern (falls sie für kriegstechnische Zwecke verwendet werden sollten) ein grosser Teil der Industrie Arbeitsplätze abbauen müsste, hatte voll verfangen.

Die Ungültigkeitserklärung konnte sich die ARW nicht bieten lassen und lancierte noch 1995 die Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (zweite Umverteilungsinitiative). Und weil man nicht direkt bestimmen konnte, wofür die eingesparten Gelder verwendet werden sollten (deshalb war ja die erste Umverteilungsinitiative ungültig erklärt worden), lancierte die ARW parallel wieder eine zweite Initiative.

Kein konstruktives Referendum

Mit der Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag», dem konstruktiven Referendum,



sollte erreicht werden, dass Beschlüsse des Parlamentes zur Verwendung der eingesparten Militärausgaben nicht nur bekämpft, sondern auch inhaltlich verändert werden könnten. Die Initiativen kamen gestaffelt zur Abstimmung, im September und im November 2000, und wurden beide abgelehnt.

Mit dem Initiativmultipack hatte das Komitee nicht nur die Freiwilligen überfordert, sondern sich auch finanziell massiv übernommen, was insbesondere die SP Schweiz als finanzstärkste Organisation schmerzlich zu spüren bekam. Die logische Folge war 2003 die Auflösung der «friedenspolitischen Initiativen», nachdem sich bereits 2001 nur noch ein Teil der Organisationen am Abstimmungskampf für die Beteiligung der Schweizer Armee an internationalen Friedenseinsätzen mit einem Mandat von UNO oder OSZE beteiligt hatte, bzw. es zur Spaltung gekommen war, da die GSOA sich aktiv am Referendum gegen diese Vorlage beteiligt hatte.

Fazit

Nur gerade ein Jahrzehnt liegt zwischen den Initiativen für das Atomwaffen- und das Waffenausfuhrverbot. Und doch scheint es im Rückblick, als lägen Welten dazwischen. Die heute absurd erscheinende Vorstellung

einer atomaren Bewaffnung der Schweizer Armee ist wohl der übersteigertste Ausdruck der dominierenden geistigen Haltung im Kalten Krieg. Dagegen war mit Volksinitiativen nicht anzukommen, nicht nur weil die Frauen vom Stimmrecht ausgeschlossen waren. Es waren denn auch ganz andere Kräfte als der Widerstand von unten, die die Verwirklichung dieser Wahnsinnsidee verhindert haben. Trotzdem hat die Initiative mehr bewirkt als ihr deutliches Scheitern vermuten liess. Die Anti-Atombewegung, wie sie damals genannt wurde, wurde zum Kristallisationspunkt aller gesellschaftskritischen Kräfte und hat es ihnen erlaubt, sich zur blühenden Oase in der geistigen Wüste des Kalten Krieges zu entwickeln.

Dies war eine der Grundlagen dafür, dass sich die 68er-Bewegung in der Schweiz nicht primär an den Universitäten, sondern in einer breiten Vielfalt an unterschiedlichen Orten manifestierte.¹⁰ Und dies wiederum hat den Boden bereitet für den Erfolg der Waffenausfuhrverbots-Initiative. Die Bundesbehörden haben nicht zufällig dafür gesorgt, dass sie im Eilzugstempo durchgeschleust wurde und sich ihr Gedankengut nicht noch weiter ausbreitete. Zum institutionellen Erfolg, zur Verankerung des Waffenausfuhrverbotes hat es zwar nicht gereicht und dieses ist nach zwei weiteren Verbotsinitiativen unerreichbarer als vor vierzig Jahren.

Aber auch die Rückkehr zur «Normalität» – zum Geschäft unter dem Deckmantel des Schweigens oder bei einzelnen Vorzeigeböjken zum hochgejubelten Prestigeerfolg – hat es nicht mehr gegeben. Der Bundesrat steht mit seiner Bewilligungspolitik unter einem ständigen Rechtfertigungsdruck. Aber damit dies so bleibt, braucht es eine aufmerksame Öffentlichkeit. Zu der wollen wir auch in Zukunft beitragen. ♦

Ruedi Tobler, heute Präsident des SFR, war sowohl bei den ersten Ostermärschen wie bei allen genannten Volksinitiativen engagiert.

FRIEDENS- WOCHE 2012

30 JAHRE FRIEDENSWOCHE

IM JAHRABSCHLUSS LÄDIT DER ARBEITSKREIS FÜR DIE FRIEDENSWOCHE EIN. SIE KÖNNEN SICH INFORMIEREN, MITGEHÖREN, KREATIV UND MEDIATIV MIT DEN FRIEDEN BEFASSEN.

Der Arbeitskreis Friedenswoche St. Gallen informiert und unterstützt seit 1982 über Friedens- und Versöhnungsmöglichkeiten. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen, welche ähnliche Zielsetzungen verfolgen.

Unterstützende Organisationen:

- ÖKO-AMT Schweiz, Offene Kirche St. Gallen, Ökumenische Gemeinde Halden, Ökumenische Kommission (PKS) St. Gallen, Frauen SOZOS Spiritalität und Solidarität, Jeremy International Group St. Gallen, Schweizerischer Friedensrat SFR, Schenkstiftung Ostschweiz, Café Antiquarium Teff, Caritas St. Gallen Appenzell, SFR St. Gallen.

ADRESSE:

Angela Tering, angela.tering@bluewin.ch, 071 222 76 42
Karl Brunner, karl.brunner@bluewin.ch, 071 245 12 94

Der Kreis wird über das Internet und E-Mail informiert.

PC-Konto: ST. GALLEN 4 | IBAN CH01 0000 0000 0000 0000 4

Arbeitskreis Friedenswoche St. Gallen
Vorder-Grabenstrasse 8, 9000 St. Gallen

PROGRAMM 2012
30 JAHRE FRIEDENSWOCHE

- 1. AUFBAU KREISLÄUF**
PROJEKT: Aktion Läditi von Tefong Dolma
DIAGNOSTIK: Margrit Wink, www.aktion-laditi.org
DATUM: Freitag, 9. Nov. 19 Uhr
ORT: Centrum St. Margen, Marghalde 15, St. Gallen
- 2. MEDIATIONSGELENKE IM KONFLIKT**
DATUM: Dienstag, 6./11./18. Dez. 19-21 Uhr
ORT: Ökumenisches Gemeindezentrum Halden, St. Gallen
LEITUNG: Margrit Wink, www.meditation.margritwerk.ch
KOSTEN: für 3 Abende Fr. 60.-
- 3. MEDIATIONSGELENKE - MEDIATIONSGELENKE**
LEITUNG: Margrit und Charlie Wink und Elisabeth Tröndle
DATUM: Freitag, 7. Dez. 19-01 Uhr
ORT: Ökumenische Kirche Halden, St. Gallen
- 4. VOLKSSTIMME**
Das Café lädt jeden Freitag ab 19 Uhr zur internationalen Volksküche ein.
DATUM: Freitag, 7./14./21. Dez. ab 19 Uhr
ORT: Café, Untenbühlstrasse 2, St. Gallen
- 5. FRIEDENS- UND VERBUNDENHEIT**
Kurzer Rückblick, danach Friedensvisionen für die Zukunft.
PODIUMS: Anne Engel, Franziska Wink, Walter Frei, Silvio Staub, Jayakumar Thirunavai
DISKUSSION: Angela Tering-Bruderer
MODERATION: Angela Tering-Bruderer
DATUM: Montag, 10. Dez. 19.30 Uhr
ORT: Offene Kirche, Bocklinstrasse 2, St. Gallen
- 6. EIN FRIEDENS-UND VERBUNDENHEIT**
Gemeinsam singen wir Friedenslieder aus aller Welt.
LEITUNG: Simone Gatterer, Stenroth
DATUM: Mittwoch, 12. Dez. 19.30 Uhr
ORT: Offene Kirche, Bocklinstrasse 2, St. Gallen
- 7. FRIEDENS-UND VERBUNDENHEIT**
Es stehen Briefe zum Unterschreiben bereit, um Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu helfen.
DATUM: Donnerstag, 13. Dez. 12-26 Uhr
ORT: Restaurant Schweizer Engel, Englistasse 22, St. Gallen
- 8. FRIEDENS-UND VERBUNDENHEIT**
Mit Malcolm Green and the GreenHorns of the Kantonschule Heerbrugg
DATUM: Freitag, 14. Dez. 19.30 Uhr
ORT: Offene Kirche, Bocklinstrasse 2, St. Gallen

INTERNATIONAL DAY OF PEACE ■ SEPTEMBER 21

SUSTAINABLE PEACE FOR A SUSTAINABLE FUTURE

www.sfr.ch/peace/2012

Somalia: Eskalation auf See

Das Kleinwaffen-Jahrbuch «Small Arms Survey» informiert, dokumentiert und analysiert in seiner zwölften Ausgabe die neusten internationalen Entwicklungen. Nachfolgend eine Zusammenfassung des Kapitels 6 über die somalische Piraterie.

Die weltweite Zahl der Angriffe auf kommerzielle Schiffe durch Piraten ist in den vergangenen sechs Jahren drastisch gestiegen. Ein Grossteil der Überfälle geht auf das Konto somalischer Gruppen, die im Arabischen Meer, im Golf von Aden, im Indischen Ozean und im Roten Meer operieren. Derartige Fälle von Piraterie werden zunehmend teurer, sowohl in menschlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht; höhere Lösegeldforderungen haben zu längeren Verhandlungen und längeren Geiselnahmen geführt. Internationale Seestreitkräfte haben ihre Präsenz in den betroffenen Gebieten vor allem seit 2008 verstärkt. Während die Flotten die maritime Sicherheit in den patrouillierten Gebieten erfolgreich stabilisieren konnten, haben die Piraten damit begonnen, die gekaperten Schiffe als 'Mutterschiffe' für den Transport von Vorräten und Waffen sowie für Angriffe auf Boote zu verwenden, wodurch sie noch weiter vor der Küste zuschlagen können.

Privat bewaffnete Schiffsbegleitung

Der Widerstand somalischer Piraten angesichts der internationalen Massnahmen hat die Schifffahrtsunternehmen dazu veranlasst, private Sicherheitsfirmen mit dem Schutz von Crews und Schiffen zu beauftragen. Dies bedeutet eine einschneidende Veränderung für eine Industrie, die sich dem Mitführen von Waffen auf Schiffen wegen undurchschaubarer rechtlicher und versicherungstechnischer Implikationen, aus Sorge um die Sicherheit der Crews und aus Furcht vor der Förderung von Gewalteskalationen auf See lange Zeit widersetzt hat. Bezeichnenderweise haben mehrere Regierungen und internationale Organisationen, darunter auch die Internationale Seeschifffahrts-Organisation IMO, diese Praxis, die sie zuvor nicht unterstützt haben, allmählich als Option zum Schutz von Schiffen in gefährdeten Gebieten akzeptiert.

Dabei ist die Zahl erfolgreicher Entführungen durch somalische Piraten 2011 zurückgegangen. In diesem Kapitel wird die momentane Pattsituation somalischer Piraten und privater Sicherheitsfirmen untersucht, wobei der Schwerpunkt auf den damit verbundenen Herausforderungen der Kleinwaffenkontrolle und den Verhaltensregeln der beteiligten Parteien liegt. Ausserdem wird versucht herauszufinden, welche Kleinwaffentypen somalische Piraten und Sicherheitsfirmen verwenden, wobei der Frage nachgegangen wird, ob der vermehrte Einsatz bewaffneter Sicherheitskräfte auf

Schiffen die Sicherheit erhöht oder Gewalt- eskalationen auf See begünstigt.

Die wichtigsten Erkenntnisse

■ Während die Zahl der versuchten Übergriffe durch somalische Piraten 2011 weiter zugenommen hat, waren diese Übergriffe weniger erfolgreich als 2010 und hatten weniger Entführungen zur Folge.

■ Piratengruppen üben immer häufiger tödliche Gewalt aus und misshandeln ihre Geiseln im Verlauf von Angriffen und Gefangenschaft.

■ Somalische Piraten verwenden weiterhin hauptsächlich Sturmgewehre, leichte Maschinengewehre und raketengetriebene Granatwerfer. Vereinzelte Behauptungen über die Verwendung stärkerer Waffen sind unbestätigt, doch die Fähigkeit der Piraten, ihre Taktik an die sich verändernden Bedingungen anzupassen, erhöht gemeinsam mit der Waffenverfügbarkeit in Somalia das Risiko einer Aufrüstung durch die Piraten.

■ Aufgrund fehlender harmonisierter Vorschriften gibt es kein standardisiertes 'Waffen-Kit' für Sicherheitsfirmen und die Regeln zur Gewaltanwendung variieren stark. Einige Länder erlauben maritimen Sicherheitsfirmen lediglich das Tragen halbautomatischer Waffen; tatsächlich benutzen sie jedoch verschiedenste Waffen, etwa Scharfschützengewehre, Mehrzweck-Maschinengewehre, leichte Maschinengewehre, vollautomatische Sturmgewehre, Kammerverschluss-Gewehre, Schrotflinten und Handfeuerwaffen.

■ Die Präsenz bewaffneter Sicherheitskräfte an Bord sowie ihre Bewegung in Häfen und auf Hoheitsgewässern bringen komplexe Probleme bezüglich Rechtslage und Kleinwaffenkontrolle mit sich, ausserdem steht die Frage der Haftung in puncto Gewaltanwendung und Waffengebrauch durch Sicherheitskräfte im Raum.

■ Einige Staaten haben versucht, den Einsatz privater Sicherheitskräfte auf Schiffen zu vereinfachen, doch die Verfahren weichen deutlich voneinander ab. Manche Staaten bieten Sicherheitsfirmen die Möglichkeit, staatseigene Schusswaffen zu mieten.

Durch das Anpassen ihrer Taktik und die Ausdehnung ihrer geografischen Reichweite haben somalische Piraten den Staaten die Grenzen für Sicherheitsdienstleistungen auf See vorgeführt und dadurch die Schifffahrtsindustrie und die Regulierungsbehörden praktisch dazu gezwungen, den Einsatz bewaffneter Sicherheitskräfte zu akzeptieren. So sind maritime Sicher-

heitsfirmen von unbedeutenden Akteuren zu Beschützern von etwa einem Viertel aller Schiffe geworden, die im risikoträchtigen Einzugsgebiet somalischer Piraten verkehren, und es ist sehr wahrscheinlich, dass ihre Bedeutung schon bald zunehmen wird.

Ob diese neue Vorgehensweise die Sicherheit auf See insgesamt verbessert, bleibt abzuwarten. Die Erfolgsquote der Piraten ist durch den Einsatz von Sicherheitsfirmen offenbar gesunken. Der relative Rückgang von Piratenangriffen seit Ende 2011 bietet Grund zur Hoffnung. Allerdings stand die Präsenz der Sicherheitsfirmen der Zahlung von Lösegeldern, die 2011 wieder zugenommen hat, nicht im Weg.

Piraten passen ihre Taktik an

Zudem hat die schnelle Entsendung von Sicherheitsfirmen die Regulierung überholt, und Fragen in Bezug auf Typen, Mengen, Beschaffung und Einsatz von Schusswaffen müssen nun geklärt werden. Die verfügbaren Daten weisen schliesslich darauf hin, dass die Piraten als Reaktion auf den bewaffneten Widerstand auf See bei ihren Angriffen häufiger tödliche Gewalt anwenden und bei der Gefangenenhaltung brutaler sind. Insgesamt haben die Piraten ihre Taktik als Antwort auf die internationalen Bemühungen, ihrem Treiben Einhalt zu gebieten, modifiziert.

Sollte es eines Tages keine unbewaffneten und somit angreifbaren Schiffe mehr geben, könnten die Piraten sich auf neue, gewaltsamere Methoden verlegen, um den Lösegeldstrom nicht abreißen zu lassen, denn dies haben sie angesichts ähnlicher Herausforderungen in der Vergangenheit auch getan. Seit Ende 2011 gehört zu den neueren taktischen Entwicklungen der vermehrte Einsatz von Ruderbooten bei Angriffen, das Angreifen von Schiffen in der Nähe von oder in Häfen sowie die Entführung von Ausländern auf dem Festland. Da keinerlei ernsthafte Bemühungen unternommen worden sind, gewaltlos mit den somalischen Piraten zu verfahren und an ihren Beweggründen anzusetzen, könnte sich der Einsatz bewaffneter Sicherheitskräfte auf Schiffen für die scheinbaren Beschützer und Beschützten irgendwann ins Negative verkehren.

www.smallarmssurvey.org

Bild: Mitglieder der Piratengruppe Central Regional Coast Guard, eines davon mit raketenangetriebenem Granatwerfer, am Strand nahe Hobyo, Somalia, Oktober 2008



In knapp zwei Jahren, am 1. August 1914, jährt sich zum 100. Mal der Beginn des Ersten Weltkrieges. Er kam nicht aus dem heiteren Himmel, schon Jahre zuvor war die Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, stark gestiegen. Die sozialistische Arbeiterbewegung nahm diese Stimmung auf und organisierte am 24. November 1912 in Basel einen grossen Kongress zur Verhinderung eines Krieges. 100 Jahre später wird an einem Gedenk Anlass im Basler Münster, an einem wissenschaftlichen Kongress und mit einem Sammelband an diese Zeit und ihre heutige Aktualität erinnert.

/ Peter Weishaupt /

Am Sonntag, 24. November 1912 versammelten sich in der Basler Burgvogtei über 550 Delegierte aus 23 (vorwiegend europäischen) Ländern zu einem ausserordentlichen Kongress der 1889 gegründeten Zweiten Internationale, einem losen Verbund von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Sie trafen sich am Vorabend des Krieges, der anderthalb Jahre später zwischen den europäischen Grossmächten ausbrechen und als der Erste Weltkrieg in die Geschichte eingehen sollte, auch wenn er sich vorwiegend in Europa abspielte.

Der Basler Friede

Zwar konnte niemand voraussehen, welche Zäsur das grosse Völkerschlagen in Europa auslösen sollte, doch gab es bereits Jahre vorher Anzeichen wachsender Kriegsgefahr, insbesondere durch die Kriege in Nordafrika und auf dem Balkan 1911/12 gegen das sich auflösende Osmanische Reich, die die Spannungen vor allem zwischen Frankreich und Deutschland verschärften.

Krieg dem Kriege!

Die wachsende Furcht vor militärischen Auseinandersetzungen veranlasste die Sozialistische Internationale zu einem Treffen, um mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der «Proletarier aller Länder» den drohenden Krieg mit allen Mitteln zu verhindern. Unter dem etwas martialisches Motto des Kongresses, «Krieg dem Kriege!», versammelten sich die damaligen Grössen der europäischen Arbeiterbewegung, so die Deutschen August Bebel und Clara Zetkin, der Österreicher Victor Adler, der Deutsch-Österreicher Karl Kautsky, der Franzose Jean Jaurès, der Engländer

James Keir Hardie, der Bulgare Janko Iwanow Sakasow oder die Russin Alexandra Kollontai. Das Präsidium des Kongresses hatte der siebzigjährige Schweizer Arbeiterführer Herman Greulich übernommen, der als einziger volles Vertrauen in die Regierung seines Heimatstaates zeigte: Die Schweizer Armee diene nicht dem Kriege, ihren Aufmarsch zu verhindern würde heissen, fremde Heere einzuladen, die Schweiz zum Kriegsschauplatz zu machen... Natürlich trat auch Robert Grimm in Basel auf, und auch der Zürcher Arbeiterpfarrer Paul Pflüger und der pazifistische Theologe Leonhard Ragaz waren aktiv (siehe Seite 12).

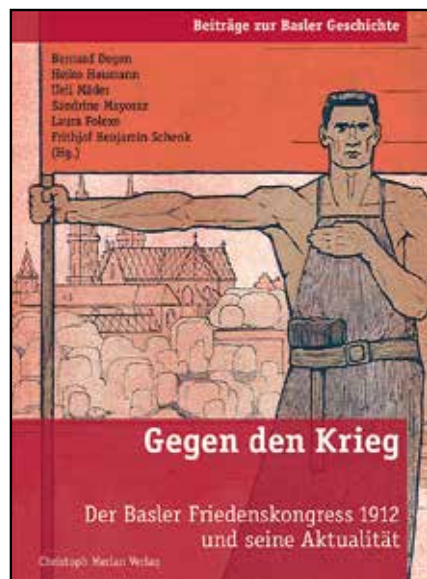
Die Friedenskundgebung im Münster

Der Kongress vertagte sich bald auf den Montag, wo das «Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage» einstimmig und unter absingen der Internationale verabschiedet und «mit Genugtuung die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg» festgestellt wurde. Auf den Sonntagnachmittag war ein Demonstrationsszug durch Basel angesagt, der den glanzvollen Schlusspunkt europaweiter Demonstrationen und Versammlungen des vorangegangenen Wochenendes bilden sollte. 10-20'000 Leute sollen teilgenommen haben, die Strassen waren von weiteren Zehntausenden Neugieriger gesäumt.

Der Höhepunkt des Tages bildete die Friedenskundgebung im Münster, von dessen Kanzel aus sich verschiedene Redner mit rhetorischem Feuerwerk ans Volk wandten. Victor Adler war dabei der einzige, der kein unbegrenztes Vertrauen in die Arbeiterbewegung, den Krieg zu verhindern, durchblicken liess. Der Höhepunkt war die Rede von Jean Jaurès, seit Jahren der eindringlichste Warner vor einem kommenden Krieg, der als Verräter und Agent der Deutschen von Kriegspatrioten denunziert und einen Tag vor dem Ausbruch des Krieges am 31. Juli 1914 in Paris ermordet werden sollte. Einzig der grosse alte Mann der englischen Sozialdemokratie, James Keir Hardie, schlug konkretere Massnahmen zur Kriegsverhinderung vor; falls die politische Aktion nicht ausreiche, müsse ein internationaler revolutionärer Generalstreik gegen den Krieg ausgerufen werden.



Victor Adler auf der Kanzel des Basler Münsters



Spezialrabatt für die Leserinnen und Leser der FRIEDENSZEITUNG

Ende Oktober 2012 erscheint im Basler Christoph Merian Verlag der Sammelband «Gegen den Krieg» mit Rückschau auf den legendären Basler Friedenskongress von 1912 sowie Ausblicken auf dessen heutige Aktualität.

Die Leserinnen und Leser der **FRIEDENSZEITUNG** erhalten das Buch mit einem Spezial-Rabatt bis 22. November 2012 zu 20 statt 29 Franken (Bestellung mit der beigelegten Postkarte).

- 1 Der Friedenskongress der Zweiten Internationale in Basel
 - 1.1 Vor dem Kongress (Bernard Degen)
 - 1.2 Basel im Zentrum der Friedensbewegung (Bernard Degen)
 - 1.3 Frauen am Kongress und die Frauenversammlung im Bernoullianum (Sandrine Mayoraz)
 - 1.4 Die Situation der Arbeiterbewegung in der Region (Pascal Maeder)
 - 1.5 Der Friedenskongress als Ausdruck des neuen globalen Zeitalters (Benjamin Schenk)
- 2 Die Entwicklung der Zweiten Internationale und der Friedensbewegung vor dem Basler Kongress
 - 2.1 Zur Geschichte der Zweiten Internationale (Heiko Haumann, Laura Polexe)
 - 2.2 Die nationalen Arbeiterparteien (Heiko Haumann, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe)
 - 2.3 Zur Geschichte der internationalen Friedensbewegung (Heiko Haumann)
 - 2.4 Debatten um Krieg und Frieden in der Zweiten Internationale (Heiko Haumann, Laura Polexe)
- 3 Die Folgen Des Basler Kongresses
 - 3.1 Die Europäische Ausstrahlung Des Kongresses (Bernard Degen)
 - 3.2 Die Bedeutung des Friedenskongresses für den Balkankrieg (Laura Polexe)
 - 3.3 Die Folgen des Kongresses und das Scheitern der Zweiten Internationale (Heiko Haumann, Laura Polexe)
 - 3.4 Louis Aragon und der Basler Friedenskongress: «Les Cloches De Bâle» (André Varoncini)
- 4 Quellen
- 5 Friedenspolitik heute und die Aktualität des Basler Friedenskongresses – Gesellschaftspolitische und sozialtheoretische Perspektiven
 - 5.1 «Nicht die internationale Solidarität!»: Globale Sozialpolitik ist auch Friedenspolitik (Ueli Mäder, Hector Schmassmann)
 - 5.2 Zur Aktualität des Basler Friedenskongresses: Sozialer Ausgleich und Zivilgesellschaft (Ueli Mäder, Hector Schmassmann)

Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.)

Gegen den Krieg

Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität

288 Seiten, 14,5 x 20 cm, ca. 80 Abbildungen, Klappenbrochur
CHF 29.00 / € 24.00, ISBN: 978-3-85616-571-0

nskongress 1912

Scheitern der Zweiten Internationale

Der Basler Friedenskongress hatte eine grosse internationale Ausstrahlung und Öffentlichkeit gefunden, doch es vergingen nur wenige Monate, bis sich am 1. August 1914 die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen, die Entente zwischen Frankreich, Grossbritannien und Russland auf der anderen Seite nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni in Sarajewo gegenüberstanden und der vierjährige Krieg Europa nachhaltig umwälzen sollte.

Während sich die italienischen Sozialisten gegen eine Kriegsbeteiligung stellten (und deswegen den Anführer ihrer linksradikalen Fraktion, einen gewissen Benito Mussolini, der für eine Beteiligung an der Entente einstand, 1915 aus der Partei ausstießen), stimmten die sozialdemokratischen Parteien, vor allem die deutschen und französischen Sozialisten, für die Bewilligung der Kriegskredite. Der Schweizer Robert Grimm geisselte dies damals als «das Unterliegen vor der Gewalt des Stärkeren. Es war die freiwillige, schwächliche Abdankung in die Hände des Gegners, die Waffenflucht aus dem eigenen Lager und damit die Preisgabe all dessen, was man bislang als Fundament der Arbeiterbewegung und ihrer Erfolge betrachtet hatte». Die Zweite Internationale sollte sich nie mehr von diesem Scheitern erholen.

Gedenkanlass und Kongress 2012

100 Jahre später findet wiederum im Basler Münster ein Gedenkanlass zum Friedenskongress statt (siehe Programm rechts). Gleichzeitig findet im Vorfeld ein interessanter wissenschaftlicher Kongress an der Uni Basel statt (Programm Seite 13) und wird ein Sammelband «Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität» herausgegeben.

Wie aus dem Inhaltsverzeichnis im Kasten auf Seite 10 zu sehen ist, enthält er Beiträge zu den wichtigsten Fragen, sowohl über Vorgeschichte und Ablauf des Kongresses wie über seine Folgen und das baldige Scheitern der Beteuerungen des Friedensmanifestes, aber auch die Aktualität der Friedensfragen heute. Die Bilder dieser Seiten stammen ebenfalls aus dem Buch.

Neben einem umfangreichen Anhang mit zeitgenössischen Dokumenten wird das gut lesbare Buch durch eine Reihe von Kurzdarstellungen der involvierten Persönlichkeiten der damaligen Zeit aufgelockert. Auch über die Beziehungen und

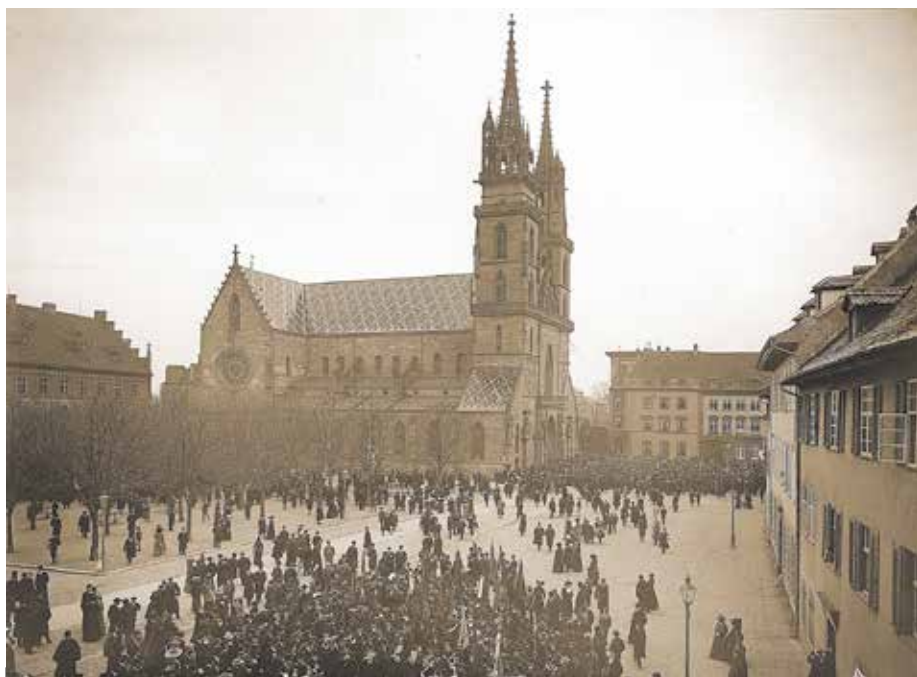
Entwicklungen der pazifistischen Bewegungen und ihr (spannungsvolles) Verhältnis zur Arbeiterbewegung findet sich einiges im Buch, so über den Zusammenhang des Basler Weltfriedenskongresses mit den beiden wichtigen internationalen Friedenskonferenzen von Den Haag in den Jahren 1899 und 1907, wo Mechanismen der friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte und verbindliche Regeln für die Kriegsführung gefunden werden sollten.

Aktualität für heutige Friedensarbeit

Heiko Haumann widmet der Geschichte der internationalen Friedensbewegung vor 1914 ein eigenes Kapitel, in dem auch die Arbeit

schweizerischer FriedensnobelpreisträgerInnen wie Elie Ducommun, Albert Gobat oder Henri Dunant gewürdigt wird. Ebenfalls kommt die Rolle der Frauen am Kongress wie in der Internationale zur Sprache (Sandrine Mayoraz), und auch die Kritik Abwesender wie etwa Wladimir Iljitsch Lenins, Karl Liebknechts, Leo Trotzki oder Rosa Luxemburgs (letztere war zwar in Basel dabei, redete aber nicht öffentlich).

Neben historischen Aufsätzen zu den Debatten innerhalb der Zweiten Internationale und Einblicken in weniger bekannte osteuropäische Entwicklungen der damaligen Zeit werden in der Anlage das Friedensmanifest und einige, heute wohl etwas schwülstig und im Nachhinein manchmal beklemmend anmutende Reden im Münster dokumentiert. Im letzten Teil enthält das Buch einen Beitrag des Soziologen Ueli Mäder, der eine Verbindung der Aktualität des Kongresses zu heutigen Friedensaufgaben unternimmt.



Gedenkfeier am 24. November 2012 im Basler Münster «100 Jahre sozialistischer Friedenskongress»

Vorankündigung. Die SP Schweiz führt mit ihren Kantonalparteien Basel-Stadt und Baselland 100 Jahre nach dem grossen Kongress «Gegen den Krieg» der Sozialistischen Internationale am Samstag, 24. November 2012 von 14.00 bis 15.30 Uhr im Basler Münster eine Gedenkfeier durch. Provisorisches Programm:

- 14:00 **Begrüssung** durch Pfarrer Lukas Kundert und Regierungsräten Eva Herzog
- 14:25 **Historischer Blick auf 1912** – Kongressbericht durch Benjamin Schenk, Professor Uni Basel
- 14:35 **Hauptrede** von alt-Bundesminister **Erhard Eppler**, SPD

- 15.10 **Reden** von Vertretern der französischen SP und der Tunesierin Lobna Jeribi
- 15.30 **Verabschiedung** durch Christian Levrat, Präsident SP Schweiz
- 15.35 **Apéro** im Kreuzgang
- 16.30 **Friedensgebet** mit Willy Spieler, Esther Maurer, Monika Hungerbühler u.a.

Am Donnerstag, 22. November 2012 findet im Basler Volkshaus von 20 – 22 Uhr ein **Podium zu Europa und die Jasminrevolution** – Sozialdemokratische Friedensvision in Tunesien – statt, mit Andreas Gross, Mario Carera, Lobna Jeribi, Veronique De Keyser.



Leonhard Ragaz und das Jahr 1912

Der frühere Redaktor der 'Neuen Wege' Willy Spieler hielt am 6. Juli 2012 im Offenen St. Jakob in Zürich anlässlich eines Gedenkanlasses zum Zürcher Generalstreik und zum Basler Friedenskongress 1912 das Referat «Wie ein Christ Sozialist und Pazifist wird. Leonhard Ragaz und das Jahr 1912». Das Jahr war für den pazifistischen Theologen ein friedenspolitisches Schlüsseljahr. Nachfolgend der zweite Teil seiner Ausführungen über die Rolle von Leonhard Ragaz beim Basler Friedenskongress.

/ Willy Spieler /

1912 war für Ragaz auch ein friedenspolitisches Schlüsseljahr. Der Antimilitarismus hat sich im Streikkommentar über den Militäreinsatz beim Volkshaus angekündigt: «Wenn Tausende von Arbeitern, die bisher keine Antimilitaristen waren, künftig keine Uniform mehr ansehen mögen, dann soll man sich nicht wundern. Auch ich habe mir darüber aufs Neue meine Gedanken gemacht.» Der Antimilitarismus ist die Antwort auf den bürgerlichen Militarismus, der die Armee ideologisch überhöht und für politische Zwecke missbraucht.

Noch im selben Jahr 1912 verbindet Ragaz seinen Antimilitarismus mit dem sozialistischen Internationalismus, der im Friedenskongress von Basel einen Höhepunkt findet. Das Wettüben der Grossmächte und die Krisen auf dem Balkan sind brandgefährlich. Die Lunte am Pulverfass wird als «Attentat von Sarajevo» in die Geschichte eingehen. Um die Kriegsgefahr zu bannen, verabschiedet die Sozialistische Internationale im November ein Manifest, in dem es heisst: «Das Proletariat ist sich bewusst, in diesem Augenblicke der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein. Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und der Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie aufwenden.»

Als die Glocken zu läuten begannen

Dass die Schlusskundgebung des Friedenskongresses im Basler Münster stattfindet, ist dem ehemaligen Münsterpfarrer Ragaz zu verdanken. Dieser ist dabei und kommentiert das Ereignis mit Goethes Ausspruch nach der Kanonade von Valmy: «Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.» Nicht Priester seien gekommen, um den Frieden zu predigen, sondern «Weltleute, 'Ungläubige', Politiker und Arbeiter aus der Werkstätte, um den Frieden zu schaffen, den weder Kirche noch Parlament, weder Papst noch Kaiser schaffen kann oder will; inmitten einer Welt, die bereit ist, sich in Nationalhass zu zerfleischen, sind sie ein Reich von solchen, die sich als eine brüderliche Gemeinschaft sehen, ein neues Reich. (...) Das ist wirklich etwas Neues unter der Sonne.»

Und dann beschreibt er seine Eindrücke, wiederum in der Sprache jener Zeit: «Aber

Wunderbareres war noch zu sehen: unmittelbar unter der Münsterkanzel sassen, des kommenden Zuges harrend, Bebel, Adler, Jaurès, Hervé – der Sozialist, der Israelite, der 'Atheist', der Anarchist. Am Eingang des wundervollen gotischen Chors hing die rote Fahne der Internationale hernieder über den Regierungsrat und den letzten Antistes (...) von Basel! Und als dann die Glocken zu läuten begannen (...) und sie nun einzogen in das uralte Gotteshaus, die roten Banner, eins nach dem andern, (...) als sie kamen, ein unabsehbarer Zug, die Proletarier, die



'Gottlosen', und einzogen in die Kirche, (...) einziehend in ihr Heimathaus, sie, die lang Vermissten, die lang Verstossenen, in das Heimathaus, das zu klein geworden – da ist mancher von denen, die das sahen erschüttert worden bis ins Innerste, (...) da sind wir Alle still geworden vor einem gewaltigen Erlebnis.»

Das Scheitern des Internationalismus

Zwei Jahre später tobt der Erste Weltkrieg. In den meisten Ländern hatte die Mehrzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten dem Kriegsbeitritt zugestimmt, das Proletariat folgte widerstandslos den Marschbefehlen in die Hassorgie der Gewalt und des Massenmordes. Nur wenige Sozialisten wie Karl Liebknecht im Deutschen Reichstag hatten die Kriegskredite abgelehnt. «Die Glocken von Basel» sind im gleichnamigen Roman von Louis Aragon zum Symbol für das Scheitern der Arbeiterbewegung geworden.

Der sozialistische Internationalismus hatte, wie Ragaz im September 1914 «Über die Ursache des Krieges» schreibt, die Macht des Nationalismus verkannt. Dieser ist über die Völker gekommen wie ein ungeheurer Rausch. (...) Und nun haben wir die Tragödie erlebt, dass es gelungen ist, auch

die Sozialdemokratie in diesen Rausch zu versetzen, so dass die Welt nun zusieht, wie auf furchtbaren Schlachtfeldern die Genossen einander das Bajonett ins Herz stossen.» Ragaz zieht daraus den Schluss, dass sich der Friedenswillen im damaligen Sozialismus nicht tief genug habe verankern können, dass die Ergänzung durch eine religiöse Friedensbewegung gefehlt habe.

Auch in der Schweiz schloss die Linke ihren 'Burgfrieden' mit dem Bürgertum. Die sozialdemokratische Nationalratsfraktion stimmte den ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates und den Mobilisationskrediten zu, «der Not gehorchend, die das ganze Volk zu einigem Handeln aufruft», und die Arbeiter folgten dem Ruf an die Grenze. Anders reagiert Ragaz in den 'Neuen Wegen'. Unter dem Titel «Das Gericht» zeigt er seine ganze Erschütterung:

Sozialismus und Gewalt

«Eine Mammonsherrschaft war in unserer Christenheit aufgerichtet worden, wie die Welt sie so riesenhaft noch nie gesehen hatte. (...) Das ist das Weltgericht (...). Es stürzt darin eine ganze Welt zusammen. Es stürzt das Reich der Gewalt und des Mammons, es stürzt der Hochmut der Weltreiche und der Trug der Politik. Aber es stürzt auch ein Christentum, das sich von der Welt überwinden liess, statt sie zu überwinden. (...) Die Kräfte des Verderbens haben mobilisiert, nun muss auch das Reich Gottes mobilisieren, den letzten Mann und die letzte Frau!» 25 Jahre später, kurz vor dem Ausbruch des nächsten Weltkrieges, bekennt Ragaz: «Ich habe in den furchtbaren Tagen des August 1914 ein Gelübde getan, diesem Kampf gegen den Krieg mein künftiges Leben zu widmen und gedenke es zu halten.»

Nach dem Ersten Weltkrieg hat Ragaz nicht mehr nur den bürgerlichen, sondern auch den 'roten' Militarismus bekämpft. «Sozialismus und Gewalt» heisst die Streitschrift, in der Ragaz 1919 Lenins Bolschewismus entgegenhält, dass «Sozialismus und Anwendung von Gewalt einander grundsätzlich und aufs schärfste widersprechen. (...) Wenn der Kapitalismus sich mit der Gewalt verbindet, so entspricht dies seinem Wesen, aber wenn der Sozialismus es tut, so ist es Abfall von sich selbst; es ist Untreue, und Untreue ist Selbstauflösung. Sozialistischer Mörtel, der mit Gewalt angerührt wird, hält schlecht.» 1919 verhindern Ragaz und die Religiös-Sozialen mit einer Urabstimmung den Beitritt der SP Schweiz zu der von Lenin dominierten Dritten Internationalen.

Grosse Hoffnung auf den Völkerbund

Ein Jahr später kämpfen sie wiederum gegen die Parteileitung, diesmal für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. «Die Schweiz vor der Lebensfrage» heisst Ragaz' Aufruf, denn es gehe um «die folgenswerste Abstimmung, die unser Volk als ganzes je erlebt hat. (...) Es handelt sich jetzt nicht um die grösse-

re oder kleinere Vollkommenheit des heute bestehenden Völkerbundes, sondern um die Idee selbst. Die Idee ist die Aufhebung des Krieges durch eine alle Völker umspannende Ordnung des Rechtes und Friedens.»

Wie dann der Völkerbund die allgemeine Abrüstung proklamiert, hält Ragaz die Zeit für gekommen, auch in der Schweiz eine Volksinitiative für die Abschaffung der Armee zu lancieren. Er schreibt 1926 der Parteileitung: «Schon die einzigartige Tatsache, dass die Forderung einer totalen Abrüstung vor ein ganzes Volk gebracht würde, wäre von grosser Bedeutung.» Ragaz fand damals kein Gehör. Dafür hat 60 Jahre später die GSa an dieses religiös-soziale Erbe erinnert.

Die Glocken von Wipkingen

Aus dem religiös-sozialen Umfeld gab es auch zahlreiche Militärverweigerer. Sie wurden von Ragaz unterstützt, aber nicht ermutigt. Er verwahrte sich gegen die «Verleumdung», er habe Militärverweigerer zu ihrer Haltung «verführt», wie General Wille in seinem Bericht über den Aktivdienst 1914 bis 1918 drauflos polterte. Aufsehen erregte ein Max Kleiber, der als erster Leutnant den Militärdienst verweigerte. Kleiber wurde 1917 nicht nur zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, sondern als Agronomiestudent auch noch von der ETH ausgeschlossen. Aus Protest beschloss die Kirchenpflege Wipkingen, die Kirchenglocken am 1. August nicht mehr läuten zu lassen. Ragaz hielt im Kommentar «Die Glocken von Wipkingen» fest: «Wenn in der Kirche von Wipkingen der Antichrist in eigener Person aufgetreten wäre, so hätte dies Viele unserer protestantischen Spiessbürger bei weitem nicht so aufgeregt, wie diese Auflehnung gegen das, was dem Spiessbürger sein höchstes Heiligtum und Glaubensbekenntnis ist. Gerade darum haben wir uns von Herzen über jene Tat gefreut. Da ist einmal eine protestantische Kirchenpflege, die auch zu protestieren wagt!»



Wissenschaftlicher Kongress an der Uni Basel vom 22. – 24. November 2012

Krieg und Frieden. 100 Jahre Kongress 'Gegen den Krieg' 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute

Vorankündigung. Vorgängig zur Gedenkveranstaltung vom 24. November 2012 im Basler Münster findet ein von Benjamin Schenk und Ueli Mäder einberufener grosser wissenschaftlicher Kongress im Kollegiengebäude der Universität Basel statt. Auszüge aus dem Programm:

Donnerstag, 22. November 2012

13.30 Tagungseröffnung, Grussworte von Prof. Benjamin Schenk, Uni Basel, Prof. Antonio Loprieno, Rektor der Uni sowie des Basler Regierungspräsidenten Guy Morin.

14.00 Eröffnungsvortrag von Egbert Jahn, Mannheimer Friedensforscher: «Von der Antikriegs- zur Friedensbewegung. Entwicklungsschritte im vergangenen Jahrhundert».

15.30 – 19.00 h: Vier Panels, erste Session

1. *Der Kongress als Ereignis der Schweizer und Basler Geschichte.* Mit Bernard Degen (Die Basler Arbeiterbewegung organisiert einen internationalen Sozialistenkongress), Ruedi Brassel (Der Friedenskongress in der Kirche. Zur Resonanz im Schweizer Protestantismus), Patrick Kury (Der Kongress im Spiegel der damaligen Schweizer Presse) und Pascal Mäder (Ganz nah dran! Wahrnehmung und Auswirkungen der Friedenskonferenz im ausländischen Umland von Basel), moderiert von Martin Lengwiler.

2. *Historische Kontexte: Balkankriege I.* Mit Walter Dausch (Balkanföderation, Balkankriege und Internationale: Sozialdemokratie in Südosteuropa 1908-1914), Sabine Rutar, Kathrin Pavic («Der Balkan den Balkanvölkern»). Die sozialistische Betrachtungsweise der Balkanstaaten im Vorfeld des Kongresses) und Jürg Ulrich, moderiert von Peter Strecken.

3. *Historische Kontexte: Transnationale Friedensbewegung.* Mit Martin Aust (Fedor Martens und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit), Jörg Plass (Krieg und Kriegsvermeidung. Der Krieg der Zukunft im Werk von Johann von Bloch), Markus Furrer (Der Weltfriedenskongress von 1905 in Luzern) und Kristina Schulz (Sozialistische Frauenorganisationen, bürgerliche Frauenbewegung und der Erste Weltkrieg), moderiert von Caroline Arni.

4. *Sozialdemokratie und Friedensfrage.* Mit Christian Koller (Ein Narrativ gegen Krieg und Nationalismus? Die Völkerschlachtfeiern von 1913 und die deutsche Sozialdemokratie) und Jan Hansen (Nachrüsten? Sozialdemokratie und Friedensfrage in den 1980er Jahren), moderiert von Monika Dommann.

Freitag, 23. November 2012

9.00 Plenarvortrag von Stig Förster: *Hintergrund für den Kongress: Internationale Lage, Rüstungswettlauf und die steigende Kriegsgefahr*

10.00 – 13.30 h: Vier Panels, zweite Session

1. *Der Kongress von 1912: Delegationen und TeilnehmerInnen.* Mit Regina Wecker (Weibliche Delegierte auf dem Friedenskongress und die 'friedfertigen Frauen'), Erik Petry (Zwischen Frieden und Zionismus? Jüdische Delegierte am Kongress 1912) und Peter Huber, moderiert von Sandrine Mayoraz.

2. *Historische Kontexte: Balkankriege II.* Mit Wolfgang Höpken (Die Balkankriege 1912/13 in der europäischen Kriegsgeschichte des 20. Jahrhunderts), Svetlana Stefanovic («Wir sind in Blut getränkt»: Balkankriege im Denken und Handeln serbischer Frauen) und William Mulligan (Anticipating war in Britain and France), moderiert von Jörn Happel.

3. *Historische Kontexte: Protestformen gegen den*

Krieg. Mit Rudolf Jaun (Jean Jaurès «L'armée nouvelle» als Kriegsverhinderungs- und Gesellschaftsvision) und Ottokar Luban (Die revolutionären Massenaktionen gegen den Krieg in Deutschland 1916-1918), moderiert von Alexis Hofmeister.

4. *Aktualität des Friedenskongresses: Kriegsvermeidung und Konfliktprävention.* Mit Björn Allmendinger («Krieg dem Kriege» – historische Kontinuitäten internationaler Friedensproteste), Laurent Goetschel (Von der Kriegsvermeidung zur Konfliktprävention), Jochen Oltmer (Migrationsprozesse: Fördern sie den Krieg oder stabilisieren sie den Frieden?) und Barbara Lüthi, moderiert von Bianca Hönig.

15.00 – 18.30 h: Vier Panels, dritte Session

1. *Historische Kontexte: Internationale Friedensdiskurse.* Mit Jan Kusber (Gegen den Krieg. Kriegsverhinderung und Frieden als konkurrierende Konzepte im politischen Diskurs des Zaarenreiches um 1912), Nikolaus Katzer (Was ist Frieden? Tolstoj und Gorkij im Dialog über die menschliche Natur) und Jonathan Hyslop (Militarism, Socialism and Pacifism in South Africa 1910-1915), moderiert von Bernard Degen.

2. *Historische Kontexte: Vom Kolonialismus zum Ersten Weltkrieg – der zerplatzte Traum vom Weltfrieden.* Mit Tamara Scheer (Das k.u.k. Kriegsüberwachungsamt und die Friedensfrage im Ersten Weltkrieg), Francesco Marin (Sozialismus und Internationalismus vor und im Ersten Weltkrieg am Beispiel der deutschösterreichischen Sozialdemokratie) und Rolf Wönsdörfer (Koloniale Latecomers und Antikriegspolitik: Von den 'Hottentottenwahlen' bis zum Parteitag in Reggio Emilia (1907-1912), moderiert von Laura Polexe.

3. *Historische Kontexte: Zweite Internationale I.* Mit Markus Bürgi (Haltungen zu Krieg und Frieden in der Ersten und Zweiten Internationale), Feliks Tych (Zivilisatorische Aspirationen der Zweiten Internationale), Bruno Schoch (Das Spannungsverhältnis zwischen Internationalismus und Nationalismus in der Zweiten Internationale) und Christian Mielenz (Internationale Solidarität – ein Paradox?), moderiert von Thomas Bürgisser.

4. *Historische Kontexte: Friedens- und Konfliktforschung heute.* Mit Cordula Reimann (Was bedeutet der «Arabische Frühling» für die Theorie und Praxis der Friedensförderung?), Kathy Zarnegin (Die Lust am Krieg), Michael Mülli, Philipp Casula (Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?) und Josef Lang (Krieg gegen den Terror? Bilanz einer Katastrophe), moderiert von Ueli Mäder.

Samstag, 24. November 2012

9.00 Plenarvortrag von Wolfram Jette: *Kriegsverhüten, damals und heute. Was hat uns der Basler Friedenskongress heute noch zu sagen?*

10.00 – 13.30 h: Vier Panels, vierte Session

1. *Formen der Erinnerung an 1912.* Mit André Vannoncini, Edgar Wolfrum und Georg Kreis, moderiert von Julia Richers.

2. *Historische Kontexte: Zweite Internationale II.* Mit Marina Cattaruzza, Stéphanie Danneberg und Kevin Callahan, moderiert von Benjamin Schenk.

3. *Historische Kontexte: Visionen der Kriegsprävention und Friedenssicherung.* Mit Fabian Klose, Joseph Jurt, Annelis Laschitzka, Günther Sandner und Josef Mooser, moderiert von Simon Mugier.

4. *Aktualität des Friedenskongresses: Friedenssicherung und Friedensbewegung.* Mit Rebekka Ehret, Ruth Dällenbach, Gernot Erler, Andreas Gross und Rahel Fischer, moderiert von Heiko Haumann.

GSoA-Jubiläumsfest
am 15. September 2012 in Bern

The Nuclear-Free Future Award für eine atomfreie Zukunft



Preisverleihung und Seminar am 29. September 2012 in Heiden

Die Stiftung Nuclear-Free Future Award zeichnet jedes Jahr Menschen aus, die sich mutig und unbeirrt gegen den verhängnisvollen Abbau von Uran einsetzen und auf die Risiken der Energiegewinnung durch Atomkraft aufmerksam machen. Nach München, Oslo, New York, Salzburg und Berlin findet dieses Jahr die öffentliche Preisverleihung am Samstag, 29. September 2012 in Heiden AR statt. Gastgeber der Veranstaltung ist der Verein Dunant2010Plus.

Die Jury wählte in den drei Kategorien Widerstand, Aufklärung und Lösung, dotiert mit je 10'000 Dollar, die Bürgermeisterin der portugiesischen Kleinstadt Nisa, **Gabriela Tsukamoto**, und die Initiative Movimento Uranio em Nisa Nao aus. Bis 1991 gehörte Portugal mit 62 Minen zu den wichtigsten Uranlieferanten, auch in der Hiroshima-Bombe befand sich portugiesisches Uran. Jetzt soll nach 20 Jahren die Gewinnung wieder aufgenommen werden. Die Preisträgerin und die Initiative kämpfen gegen die Bedrohung. Der zweite Preis

geht an die japanische Ärztin **Katsumi Furitsu**, Mitglied der IPPNW, die seit 30 Jahren an allen atomaren Krisengebieten der Welt sowohl gegen die 'zivile' wie atomare Nutzung der Atomkraft arbeitet. Nach Fukushima sorgte sie für den Fluss unzensurierter Nachrichten in die Welt. Der dritte Preis geht an **Yves Marignac**, der in Paris die WISE-Organisation leitet und Co-Autor des Manifests Négawatt war, in dem das Szenario eines atomfreien Frankreich entworfen wurde. Hinzu kommen zwei Ehrenpreise, einerseits einer an den Physiker und DDR-Bürgerrechtler **Sebastian Pflugbeil** für sein Lebenswerk, andererseits eine besondere Anerkennung für eine Schweizerin, die WoZ-Redaktorin **Susan Boos**, die zu den wenigen zuverlässigen Autorinnen zählt, die das Thema Atomenergie nie aus den Augen gelassen haben (Gratulation! Red.).

Im Vorfeld der Preisverleihung findet gleichentags ein interessantes Symposium «Atomfrei Denken» statt:

Infos: www.dunant2010plus.ch



Jubiläumsprogramm Samstag, 15. September 2012 Progr Aula, Bern

- 14:00 Ausstellung «30 Jahre GSOA»
 - 15:00 **Podium «Was wäre die Schweiz ohne GSOA?»**
mit Anne-Catherine Menetrey, Laurent Goetschel, Jacqueline Badran, Jo Lang, Leitung: Hannes Britschgi
 - 17:00 **Referat Tobias Pflüger**, Informationsstelle Militarisierung: «EU-Militarisierung und Perspektiven einer internationalen Friedensbewegung»
 - 19:30 Essen und Unterhaltung
 - 21:00 Poetry Slam mit Marguerite Meyer, Heike Fiedler und Erit Hasler, Festrede von Flurin Jecker
 - 22:00 GSOA-Band «Pazif und ab u zue blutt», 23:00 DJ
- Eintritt frei, Kollekte, www.gsoa.ch

PROGRAMM	
Donnerstag, 27. September 2012 Ankunft der Preisträgerinnen, Laudatorinnen und Gäste	14.50 - 15.20 26 Jahre Tschernobyl, 1 Jahr Fukushima Dr. Sebastian Pflugbeil, Deutschland
Freitag, 28. September 2012 20:15 Kino Rosental: Film „TODESSTAUB“ von Frieder Wagner Der Regisseur ist anwesend. ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG	15.30 - 16.15 Perspektiven für ein atomfreies Europa Impulse von Yves Marignac, Paris und Heinz Stockinger, Österreich Podium mit Referentinnen und Preisträgerinnen Leitung: Dr. Angelika Claussen, IPPNW D
Samstag, 29. September 2012 Symposium ATOMFREI DENKEN Dunantssaal, Hotel Heiden, CH-9410 Heiden ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich	16.15 Ende Symposium Das Symposium findet in deutsch statt. Es werden englische Abstracts zur Verfügung gestellt. Diskussion und Podium mit den englischsprachigen Preisträgerinnen werden direkt übersetzt. anschliessend: Nuclear-Free Future Award 2012 Feierliche Verleihung im Kursaal Heiden ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich
9:00 Begrüssung: Dr. Othmar Kehl, Heiden Uranabbau – Uranwaffen Einleitung: Claus Biegert, München Moderation: Frank Uhe, IPPNW D	17:00 Apéro mit Preisträgerinnen und Gästen Restaurant Kursaal Heiden
9:30 - 10:00 Uran, das Element mit seinen ökologischen, sozialen, politischen und gesundheitlichen Folgen Dr. Günter Baltsch und Prof. Andreas Nidecker, Basel	18:30 Begrüssung Claus Biegert NFFA und Hansjörg Rüttler, Präsident Verein dunant2010plus Grussworte von Landammann AR Hans Diem Ständeratspräsident Dr. Hans Altherr
10:00 - 10:30 Kaffeepause	Preisverleihung an die Preisträgerinnen: WIDERSTAND für Gabriela Tsukamoto, P AUFKLÄRUNG für Katsumi Furitsu, J LÖSUNGEN für Yves Marignac, F LEBENSWERK für Sebastian Pflugbeil, D BESONDERE ANERKENNUNG für Susan Boos, CH
10:30 - 11:10 Umweltzerstörung durch Krieg – der Fall Uranmunition Prof. Manfred Mohr, Berlin	Laudatorinnen: Barbara Dickmann D, Adolf Muschg CH, Heinz Stockinger A, Thomas Denese D
11:30 - 12:00 Diskussion mit Referenten und Preisträgerin Gabriela Tsukamoto, Portugal; Dr. Angelika Claussen, IPPNW D	Musikalische Intermezzi mit der Hackbrettformation „ANDERSCHT“
12:15 - 13:30 Imbiss/Kaffee Atomfrei international, in Europa, in der Schweiz? Moderation und Einleitung: Dr. Martin Walter, Grenschen	21:00 Awardnight-Diner
13:30 - 13:45 IPPNW Welt-Kongress 2012 in Hiroshima Prof. Dr. Andreas Nidecker, Basel	
14:00 - 14:45 Fukushima und die Schweiz? Susan Boos, Journalistin, St. Gallen, im Gespräch mit Preisträgerin Katsumi Furitsu, Japan	

2. Gross-Singen «La Paz Cantamos» am 15. September 2012 in Bern

13.00 – 14.30: Gemeinsame Einstimmung und Singen aller Lieder in der Heiliggeistkirche beim Hauptbahnhof Bern (Ankommen ab 12.30)

15.30 – 16.30 Cantellón – Gross-Friedens-Singen auf dem Münsterplatz
Nähere Infos: <http://stimmvolk.ch/aktuelles>. Hier sind auch alle Lieder aufgeführt, mit Liedtexten, Hörproben von Einzelstimmen und mehr ...

Jetzt anmelden zur Tagung

Friedensbildung in der Schweiz

**Samstag / Sonntag, 27. / 28. Oktober 2012
im Friedensdorf Broc FR**

In der Schweiz engagieren sich viele kleinere und einige grössere Organisationen und NGO für schulische und ausserschulische Friedensbildung. Während die Menschenrechtsbildung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung mittlerweile zu einem festen Bestandteil der pädagogischen Landschaft in der Schweiz geworden sind, werden die Begriffe Friedensförderung, Friedenserziehung oder eben neu Friedensbildung eher selten als eigenständige Anliegen wahrgenommen. Ein erster Schritt, die pädagogische Friedensarbeit besser zu etablieren, ist eine gezielte Vernetzung aller AkteurInnen, um der Friedensbildung in der Schweiz ein Gesicht zu geben.

Um diese Herausforderungen und Perspektiven besser zu kennen und daraus Handlungsoptionen zu entwickeln, haben sich ASEPAIX (Association des Educateurs à la paix), CENAC (Centre pour l'action Non-Violente), Go for Peace, MIR/ IFOR (Mouvement International de la Reconciliation), der Schweizerische Friedensrat, sc1 (Service Civil International) und das Friedensdorf in Broc zusammengeschlossen, um eine gesamtschweizerische deutsch-französischsprachige Fachtagung zu organisieren.

An erster Stelle steht die Vernetzung der einzelnen Organisationen über den 'Röstigraben' hinweg. Dadurch kann die Friedensbildung in der Schweiz einen neuen Stellenwert erhalten. Durch den Austausch der FriedensbildnerInnen in Workshops werden konkrete Ideen ausgetauscht, aber auch gemeinsame strategische Überlegungen zur Förderung friedensbildender Massnahmen erarbeitet. Die OrganisatorInnen erhoffen sich mit dieser Tagung, neue knackige Antworten auf alte Fragen zu finden und den Austausch und das Miteinander der vielen kleinen Organisationen in der deutsch- und

der französischsprachigen Schweiz zu einem grossen gemeinsamen Engagement für die schulische und ausserschulische Friedensbildung wachsen zu lassen.

Die Fachtagung richtet sich einerseits an lang Engagierte, aber auch an neu Interessierte, welche hier Gelegenheit haben, verschiedene Organisationen kennen zu lernen

und sich in die Thematik einzudenken. Alle Aktivitäten an der Tagung (Vorträge, Debatten, Workshops) werden zweisprachig, zum Teil mit Simultanübersetzung durchgeführt.

Die Anmeldung läuft über das Friedensdorf Broc FR, Flyer zum Download und Anmeldeformulare finden sich auf www.friedensdorf.ch

L'éducation à la paix en Suisse
Défis et perspectives
Colloque au Village de la Paix, Broc FR
27 - 28 octobre 2012

A quoi s'attendre lors du colloque?

- Samedi:** Les hauts et les bas du mouvement de paix en Suisse
- Dimanche:** Ateliers autour des domaines scolaires et sociaux
- Mise en réseau des organisations et des personnes actives en Suisse dans le domaine de l'éducation à la Paix
- Promotion de l'éducation à la Paix en Suisse
- Echanges d'expériences entre éducateurs et formateurs

Friedensbildung in der Schweiz
Herausforderungen und Perspektiven
Tagung im Friedensdorf Broc FR
27./28. Oktober 2012

Was ist an der Tagung zu erwarten?

- Samstag:** Höhen und Tiefen der Friedensbewegung in der Schweiz
- Sonntag:** Workshops zu den Bereichen Schule, Kinder- Jugendarbeit, Erwachsenenbildung
- Vernetzung der in der Friedensbildung tätigen Organisationen und Personen
- Förderung der Friedensbildung in der Schweiz
- Erfahrungsaustausch unter in der Friedensbildung Tätigen

Anmeldung bis 15. September
Inscription jusqu'au 15 septembre
www.friedensdorf.ch

Friedensdorf
Village de la Paix
Chemin de Bouleyres 3
1636 Broc FR
Tel: 026 921 96 42
info@friedensdorf.ch

FriedensDorf
Village de la Paix

PBI-Training Schweiz
IM EINSATZ ALS FRIEDENSFACHKRAFT MIT PEACE BRIGADES INTERNATIONAL

Durch unbewaffnete Schutzbegleitung bedrohter MenschenrechtsaktivistInnen schafft PBI in Krisengebieten Raum, Konflikte gewaltfrei auszutragen. Internationaler Teams begleiten AktivistInnen für Frieden und Demokratie und beobachten die Menschenrechtslage.

Das Training gibt einen Einblick in die Arbeitsweise von PBI, den Alltag im Team sowie die Lage der MenschenrechtsverteidigerInnen in den Projektländern. RückkehrerInnen berichten von ihren Erfahrungen im Einsatz und TrainerInnen zeigen Möglichkeiten im Umgang mit Stress und der persönlichen Sicherheit auf.

DATUM: 29. 9. 2012, 9 Uhr bis 30. 9. 2012, 16 Uhr
ORT: Jugendberge, Lanchubiqui 23, Solothurn
KOSTEN: 350.- (für Mitglieder von PBI Schweiz CHF 200.-) inkl. Unterkunft, Verpflegung, Unfallschutz
KONTAKT: kati.warby@peacebrigades.ch

www.peacebrigades.ch

pbi
making space for peace

If you think you are too small to make a difference, try to sleep in a closed room with a mosquito...

African proverb

www.scich.org
SERVICE CIVIL INTERNATIONAL

Mit dem Service Civil International weltweit an sozialen, friedensfördernden oder ökologischen Freiwilligeneinsätzen teilnehmen.

PAIX



Friedensforscher Galtung auf Abwegen

Jüngere werden ihn kaum mehr kennen, doch für meine Generation war der heute 82-jährige norwegische Mathematiker, Soziologe und Politologe Johan Galtung eine absolut prägende Figur. Vor ihm gab es den Begriff Friedens- und Konfliktforschung nicht, nach der Gründung des «Peace Research Institute» (PRIO) 1959 in Oslo, dessen Vater Galtung war, entwickelte sich dessen wissenschaftliche Forschung zu Krieg und Frieden rasch zu einer internationalen Disziplin, erfuhr die pazifistische Bewegung und Friedensarbeit eine ungeheuer wichtige argumentative wissenschaftliche Fundierung, bekam sie eine unverzichtbare Waffe im Kampf gegen vorherrschende Ideologie und Praxis der gewaltsamen 'Konfliktlösung' in die Hand.

Die Arbeitskraft des Friedensforschers war fast unheimlich, seine Theorie der strukturellen Gewalt eröffnete in den 1970er-Jahren ganz neue gesellschaftliche Einsichten, sie ist bis heute ein brauchbarer Ansatz der Konfliktforschung. Ebenso wichtig war für mich seine massgebliche Beteiligung an der Entwicklung des Konzeptes der sozialen Verteidigung. Dabei war er ein genialer Kommunikator, er verstand es, Friedensprobleme anschaulich in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu kaum einem Konflikt in der Welt und in den Jahrzehnten hat er sich nicht mit originellen Ansichten geäussert, seine Vorlesungen sind legendär, das Wort Langeweile war für seine ZuhörerInnen ein Fremdwort. Zur Schweiz hatte er immer sehr gute Kontakte. 1992 gründete er das Transcend-Netzwerk für Frieden, Entwicklung und Umwelt und ist Rektor dessen internationaler Friedensuniversität im grenznahen Grenzach.

Warum tönt das jetzt schon wie ein Nachruf? Weil sich der international bekannteste Friedensforscher seit einiger Zeit auf seltsamen Abwegen befindet. Sein ausgezeichnetes Handbuch «100 Fallbeispiele und Konfliktanalysen samt Lösungsvorschlägen» könnte er heute durchaus gewinnbringend für sich selbst anwenden. Denn nicht nur in seinem Heimatland Nor-

wegen und an vielen Orten in Deutschland erweckt er zunehmend Kritik und Ablehnung wegen seltsamen, ja völlig unverständlichen Äusserungen über die Juden. So hat ihn die kleine private Basler World Peace Academy WPA, die von ihm selbst initiiert worden war und die auch Verbindungen zur Basler Universität pflegt, nach und längerer Vorgeschichte und umstrittenen Auftritten als Gastreferent im August definitiv als Referenten suspendiert.

StudentInnen hatten wegen ihm die Diplomfeier boykottiert, andere Gastdozenten wollten nicht mehr an der WPA auftreten und der akademische Direktor räumt auf Ende Jahr seinen Posten. Zu reden gab er auch der Universitätsleitung und bis in die Regierung hinein, Proteste hatte es von allen Seiten gehagelt. Auch der Soziologe Ueli Mäder, der ihn öfters zu seinem Seminar eingeladen hatte, verzichtet seit zwei Jahren auf weitere Einladungen, ebenso ist er beim Nachdiplomstudiengang in Konfliktanaly-

sen und bei Swisspeace nicht mehr gut gelitten.

Dabei sind es nicht nur antisemitisch konnotierte Äusserungen, die Aufsehen erregten, auch seine Relativierung der individuellen Menschenrechte etwa gaben zum Stirnrunzeln Anlass. Besonders im Fokus stehen jüngste Äusserungen des grossen alten Mannes zum jüngst abgeurteilten Massenmörder Anders Breivik, hinter dem er den Mossad witterte, die Behauptung, 96 Prozent aller Medien in Amerika seien von den Juden beherrscht und zur Finanzkrise (Lehman Brothers!), bei der er empfahl, die berüchtigten Protokolle der Weisen von Zion zu lesen, um zu verstehen, was in der Welt ablaufe.

Originalton Galtung, Träger des alternativen Nobelpreises, in einem Artikel zu «Rationale Konfliktlösung: Was steht ihr im Weg?»: «Ebensowenig, wie es im Fall von Hitlers 'Mein Kampf' genügt, das Buch zu verdammen, ohne zu wissen, was darin steht (...) lesen sich die Protokolle von Zion wie eine Anleitung dazu, andere in Schuld-knechtschaft zu bringen.» Und immer wieder: Hätten die Deutschen nach der Niederlage 1918 nicht so unter dem Versailler Vertrag gelitten und hätten damals die Juden nicht so viel Einfluss gehabt, wäre es nicht zur nachfolgenden Katastrophe gekommen – kurz: Galtung bedient da den kompletten Fundus antisemitischer Stereotypen. Da bleibt nur noch mit seinem Kollegen Egbert Jahn zu bemerken, mit seinen wiederholten provokativen Äusserungen mache Galtung genau das, was er eigentlich ablehne, nämlich «kulturelle Gewalt auszuüben».

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Postfach 1808, 8021 Zürich, Tel. +41 (0)44 242 93 21.
info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch
PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt
Mitarbeit: Andreas Zumach, Willy Spieler, Ruedi Tobler, Stefanie Haumer, SMA
Druck: gdz AG, Zürich
Auflage: 2000 Ex., September 2012

Die Friedenszeitung erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–

ISSN 1664-4492



Bildnachweis

Seite 1: River Hansen, Svenska Dagbladet. Seite 2: Zumach: Ev. Akademie Bad Boll, Cover: Simova. Seite 3: Luoile, China Daily. Seiten 4/5: Keystone/Photopress. Seiten 5 und 6: Archiv SFR. Seite 7 oben: Archiv SFR, unten: Friedenswoche St. Gallen, UNO. Seite 9: Veronique de Viguerie / Getty Images. Seite 10: Cover Merian Verlag; Zeichnung Adler: Burkhard Mangold, Basler Vorwärts. Seite 11: Basler Staatsarchiv. Seiten 12 und 13: Schweiz. Wirtschaftsarchiv, Basel. Seiten 14 und 15: Veranstalter. Seite 16: SFR